



Verein zur Errichtung und Führung von Wohnhäusern
für obdach- und wohnungslose Menschen

„Housing First“ in Wien

**Internationale Diskurse, fachliche Standards
und Herausforderungen der Implementierung**

AutorInnen: Claudia Halbartschlager, Elisabeth Hammer, Jonathan Kufner, Markus Reiter

Mit einem Vorwort von Volker Busch-Geertsema

Dem Fachbereich Betreutes Wohnen – Wiener Wohnungslosenhilfe (FSW) am 22.6.2011
vorgelegt.

Inhalt

| | |
|---|----|
| Vorwort von Volker Busch-Geertsema | 3 |
| 1. Einleitung | 7 |
| 2. Wohnungslosigkeit – sozialer Wohnbau – Wohnungsmarkt: Zusammenhänge und strukturelle Probleme..... | 10 |
| 2.1. Die Bedeutung des sozialen Wohnbaus zur Verwirklichung eines Rechts auf Wohnen | 11 |
| 2.2. Der Strukturwandel des österreichischen Wohnungsmarktes und seine Wirkungen auf benachteiligte Gruppen | 13 |
| 2.2.1. Merkmale des Strukturwandels am Wohnungsmarkt | 13 |
| 2.2.2. Gegenwärtig benachteiligte Gruppen am Wohnungsmarkt | 15 |
| 2.2.3. „Housing First“ löst keine strukturellen Probleme des Wohnungsmarktes | 15 |
| 2.3. Mangelhafte Datenlage und Vergleichbarkeit..... | 16 |
| 3. Stufenmodelle – Charakteristika und wesentliche Kritikpunkte | 18 |
| 3.1. Charakteristika von Stufenmodellen..... | 18 |
| 3.2. Kritikpunkte an Stufenmodellen | 19 |
| 4. „Housing First“ – Fachliche Standards und gegenwärtige Entwicklungslinien | 22 |
| 4.1. Fachliche Standards von „Housing First“ | 22 |
| 4.1.1. Direkter Zugang zu einer eigenen leistbaren und dauerhaften Wohnung | 22 |
| 4.1.2. Zielgruppen | 24 |
| 4.1.3. Keine Verpflichtung zur Betreuung und kein Beweis der eigenen „Wohnfähigkeit“ | 25 |
| 4.1.4. Trennung von Wohnungsverwaltung und persönlichen Hilfen | 25 |
| 4.1.5. Umfangreiches Angebot an Betreuung und Unterstützung | 26 |
| 4.1.6. Größtmögliche Wahlfreiheit bezogen auf Wohnung und Betreuung | 27 |
| 4.1.7. Multi-/Interdisziplinäre Kooperationen und Zusammenarbeit | 28 |
| 4.1.8. Sozialorientierte Hausverwaltung | 29 |
| 4.2. Entwicklungslinien des „Housing First“-Ansatzes | 29 |
| 5. „Housing First“ wirkt! – Studienresultate | 31 |
| 5.1. Wohnstabilität..... | 31 |
| 5.2. Gesundheit und Konsumverhalten | 32 |
| 5.3. KlientInnenzufriedenheit..... | 33 |
| 5.4. Kosteneffizienz | 34 |
| 6. „Housing First“ in Wien – Herausforderungen der Implementierung | 35 |
| 6.1. Wohnraumbeschaffung und -finanzierung..... | 36 |
| 6.2. Wohnungslosenhilfe | 38 |
| 6.3. Fachlichkeit..... | 40 |
| 7. Literaturverzeichnis | 42 |

„Housing First ends homelessness. It's that simple.“
(Sam Tsemberis)

Vorwort von Volker Busch-Geertsema¹

„Housing First“ ist mehr als ein neuer Modebegriff in der Hilfe für wohnungslose Menschen. Der Begriff steht für einen Paradigmenwechsel, bei dem das Ziel in den Vordergrund rückt, Wohnungslosigkeit wirksam zu reduzieren, statt sie in immer neuen und differenzierteren Institutionen, Sonderwohnformen und Stufensystemen zu verwalten.

Zwar hat es in Europa in den letzten Jahrzehnten schon vielerorts Initiativen für den Abbau von Plätzen in Heimen und Anstalten und die möglichst weitgehende Integration von sozial Ausgegrenzten in normale Lebensverhältnisse gegeben. Und auch in Österreich wird das Prinzip „ambulant vor stationär“ und die Bedeutung präventiver Hilfen schon länger diskutiert. Der Begriff „Housing First“ entfaltet aber vor allem deshalb so eine starke Wirkung und stößt überall in Europa aktuell auf so starkes Interesse, weil methodisch sehr robuste Forschung vor allem in den USA gezeigt hat, dass selbst Wohnungslose mit komplexen psychischen Problemen und Suchterkrankungen (und mit „Doppeldiagnosen“) in der Lage sind, ein normales Mietverhältnis aufrechtzuerhalten, wenn ihnen die notwendige Unterstützung gewährt wird. Ja, die Ergebnisse nach einer schnellen Reintegration „von der Straße“ in normalen Wohnraum sind deutlich besser, als die in ausgeklügelten Stufenmodellen, bei denen die Wohnung erst durch Wohlverhalten und Therapieerfolge „verdient“ werden und nach gutem Verlauf „Wohnfähigkeit“ bescheinigt werden muss, bevor der Umzug in eine „Finalwohnung“ angeboten werden darf, in der dann keine persönliche Unterstützung mehr geleistet wird.

Solche Stufensysteme sind zunehmend in Kritik geraten, weil sie mehr zur langfristigen Separierung von Wohnungslosen aus dem regulären Wohnungsmarkt beitragen, als dass sie ihre Reintegration in normalen Wohnraum fördern. Zu oft wurde aus dem geplanten Aufstieg eine Rutsche in die dauerhafte Ausgrenzung. Kritisiert wurde auch, dass in Einrichtungen und Sonderwohnformen eher die Anpassung an institutionelle Strukturen und die Zwänge eines Lebens in der Gruppe und „unter Aufsicht“ erlernt wird, als selbständiges Wohnen. Und mit zunehmender Vehemenz wurde gefragt, welchen Sinn es macht, Wohnungslose in „Trainingswohnungen“ oder „betreuten Wohngemeinschaften“ zu „stabilisieren“ und sie dann wieder vor die Tür zu setzen, wenn das Ziel

¹ Projektleiter bei der Gesellschaft für innovative Sozialforschung und Sozialplanung in Bremen und Koordinator des European Observatory on Homelessness; für einen Überblick zu Forschungsprojekten, Publikationen und internationalen Kooperationen siehe www.giss-ev.de [17.6.2011]

vermeintlich erreicht ist (und auch, wenn dies nicht der Fall ist; eine „Befristung“ des Aufenthalts gilt in der Regel so oder so).

Die Alternative dazu ist nicht „Housing Only“, also Wohnungslose mit ihren Problemen in Wohnungen allein zu lassen, wenn sie denn einen Bedarf an persönlicher Hilfe haben. Im „Housing First“-Ansatz wird die schnelle Vermittlung in dauerhaft gesicherten Individualwohnraum vielmehr als Grundlage gesehen, um weitergehende Integration zu ermöglichen und nachdrücklich mit einem umfassenden und bedarfsgerechten Hilfeangebot zu unterstützen (also eher „Housing Plus“ als „Housing Only“). So wie man Schwimmen nur im Wasser wirklich lernen kann, so ist auch die Wohnung die Grundvoraussetzung zur erfolgreichen Bearbeitung von sozialen und gesundheitlichen Schwierigkeiten, die ggf. einer weitergehenden Integration in normale Lebensverhältnisse entgegenstehen. Dabei steht die jeweilige Person mit ihren individuellen Ressourcen, Präferenzen und Zielen im Vordergrund und entscheidet maßgeblich mit über Art und Intensität der Hilfen. Weder die Teilnahme an Therapien noch ein abstinentes Leben wird zur Voraussetzung für den Bezug und den Verbleib in der Wohnung gemacht. Und schwindet der Hilfebedarf, so sind es die Hilfeleistenden, die sich zurückziehen, und der oder die ehemals Wohnungslose kann in der Wohnung verbleiben.

Das vorliegende Diskussionspapier arbeitet recht umfassend den schnell wachsenden Berg von Belegen auf, die mittlerweile die Überlegenheit des „Housing First“-Ansatzes gegenüber traditionellen Hilfeansätzen nachweisen. Dabei wird korrekterweise davon ausgegangen, dass „Housing First“ in den USA vorrangig zur Versorgung einer relativ kleinen Gruppe von Wohnungslosen mit besonders ausgeprägten Problemlagen entwickelt wurde, auf die sich auch die meisten Forschungsergebnisse beziehen. Aber bei weitem nicht alle Wohnungslosen sind psychisch krank oder suchtmittelabhängig oder sogar beides. Und doch gibt es auch bei vielen derer, bei denen dies nicht der Fall ist, Hilfebedarf, der von den Regeldiensten nicht ausreichend abgedeckt wird. Um allein in regulären Wohnungen zurechtzukommen und ihre Lebenslage zu verbessern, benötigen Wohnungslose gezielte und pro-aktive Unterstützung. Der Hilfebedarf kann von sehr unterschiedlicher Intensität und Dauer sein, und je individueller und flexibler das Angebot an persönlichen Hilfen in Wohnungen organisiert wird, desto besser kann „Überbetreuung“ ebenso vermieden werden wie unzureichende Unterstützung. Neben dem gezielten Zugang von Wohnungslosen zu Normalwohnraum ist der bedarfsgerechte Ausbau wohnbegleitender, ambulanter Hilfen ein wesentliches Element, um einen umfassenderen Paradigmenwechsel voranzutreiben, der dem „Housing First“-Prinzip in einem erweiterten Sinne entspricht.²

² An dieser Stelle ist aber auch der Hinweis unabdingbar, dass selbstverständlich nicht alle Wohnungslosen besonders ausgeprägte persönliche Schwierigkeiten und einen Bedarf an spezifischer persönlicher Hilfe haben. Es ist darauf zu insistieren, dass es immer auch einen Anteil von Wohnungslosen gibt, die „eine Wohnung und nichts weiter“ benötigen. Das gilt in besonderem Maße auch für viele ZuwandererInnen, die nur wegen restriktiver Zugangsbeschränkungen und diskriminierender Auswahlpraktiken aus der Versorgung mit normalem Wohnraum ausgegrenzt werden. Wie in dem Diskussionspapier richtig angemerkt, sind strukturelle Probleme am Wohnungsmarkt schließlich auch nur mit strukturell

Während in Europa auch noch weiterhin Forschungsbedarf zur Wirksamkeit des „Housing First“-Ansatzes für Wohnungslose mit komplexem Hilfebedarf unter den Bedingungen europäischer Welfare Regimes besteht³, belegen auch hier bereits zahlreiche Studien eine hohe Erfolgsquote bei der Integration von Wohnungslosen in reguläre Wohnverhältnisse. In Deutschland gelang dieser Nachweis bereits in den 1990er-Jahren in einem Forschungsfeld der Bundesregierung mit dem Titel „Dauerhafte Wohnungsversorgung von Obdachlosen“ (vgl. BBR 1998, vgl. auch Busch-Geertsema 2002a und b sowie Busch-Geertsema 2005), in Großbritannien insbesondere auch im Kontext der Regierungsinitiative zum Abbau der Straßenobdachlosigkeit („Rough Sleepers Initiative“, vgl. Dane 1998). Auch zwei jüngst erschienene Langzeitstudien über den Abbau der großen Wohnungslosenunterkünfte in Glasgow (Fitzpatrick et al. 2010) und die Ergebnisse der bislang umfangreichsten Follow-up-Studie zum Verlauf des Integrationsprozesses bei 400 alleinstehenden Wohnungslosen, die in drei englischen Städten in normalen Wohnraum vermittelt worden waren (Crane et al. 2011), geben Anlass zu Optimismus, dass dieser Prozess in den allermeisten Fällen gelingt, wenn ausreichende Unterstützung verfügbar ist. Die Ansprüche müssen dabei realistisch bleiben: Inwieweit es nach der Integration in Normalwohnraum auch gelingt, ggf. vorhandene Suchterkrankungen, Arbeitslosigkeit und Armut zu überwinden, hängt auch von vielen anderen Faktoren und grundlegenden gesellschaftlichen Strukturen ab; die Erfolgsquoten sind da erwartungsgemäß deutlich geringer, was das positive Ergebnis der Wohnintegration aber keineswegs in Frage stellt (vgl. dazu Busch-Geertsema 2005 und 2011c)!

Auf europäischer Ebene werden „Housing First“ und „wohnungsorientierte Ansätze“ (Housing Led Approaches) inzwischen in zahlreichen offiziellen Dokumenten empfohlen (vgl. u.a. die Jury-Empfehlungen der European Consensus Conference on Homelessness)⁴ und eine Reihe von nationalen Strategien zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit nehmen positiv auf „Housing First“ Bezug (so etwa die Strategien in Dänemark, Finnland, Frankreich und Portugal, um nur einige Beispiele zu nennen).

Die Stadt Wien kann sich zu den Pionierstädten zählen, die sich das Ziel gesetzt haben, eine „Housing First“-Strategie auch auf kommunaler Ebene umzusetzen. Dafür gebührt den Regierenden besondere Anerkennung. In dem rot-grünen Regierungsübereinkommen vom November 2010 wird

wirksamen Maßnahmen (Schaffung von leistbarem Wohnraum, Vorrang für besonders bedürftige Gruppen mit Unterstützungsbedarf) erfolgreich zu bearbeiten.

³ Im Juni 2011 hat die Europäische Kommission die Förderung des Projekts „Housing First Europe“ zugesagt, bei dem über einen Zeitraum von zwei Jahren die Erkenntnisse aus laufenden wissenschaftlichen Evaluationen zu „Housing First“-Projekten in fünf europäischen Städten (Amsterdam, Budapest, Glasgow, Kopenhagen und Lissabon) aufbereitet und der Erfahrungsaustausch mit fünf weiteren europäischen Kommunen (unter ihnen auch Wien) über grundlegende Fragen bei der Umsetzung des Ansatzes organisiert wird. Der Steuerungsgruppe des Projektes gehören u.a. auch Sam Tsemberis, der Pionier von „Housing First“ in den USA und Gründer von „Pathways to Housing“ in New York, FEANTSA und namhafte WissenschaftlerInnen aus der Forschung über Wohnungslosigkeit an. Die Projektkoordination liegt beim Autor dieser Zeilen und erfolgt im Auftrag der Dänischen Nationalen Behörde für Soziale Dienstleistungen (Servicestyrelsen).

⁴ <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=751&langId=de&eventsId=315&furtherEvents=yes>

mit Recht auch der Zusammenhang mit einer gut funktionierenden und ausgebauten Delogierungsprävention hergestellt, die grundlegender Bestandteil einer solchen Strategie sein muss. Es ist absehbar, dass der „Housing First“-Ansatz zunächst in einigen Projekten und ergänzend zum bestehenden Hilfesystem modellhaft erprobt wird. Es bleibt aber auch zu hoffen, dass der Ansatz in einem erweiterten Sinn als wesentliches Instrument für eine Strategie zur nachhaltigen Verringerung von Wohnungslosigkeit genutzt wird. Gelingt es, ambulante und pro-aktive, aufsuchende persönliche Hilfen für ehemals Wohnungslose in Wohnungen auszubauen und den schnellen Zugang von Wohnungslosen – ganz gleich, wie hoch ihr Hilfebedarf ist – in normale Wohnungen zu erleichtern, dann können – im Zusammenspiel mit einer effektiven Delogierungsprävention – absehbar auch die immer noch recht zahlreichen Plätze in Unterkünften und Sonderwohnformen für Wohnungslose in Wien schrittweise reduziert werden. Und gelingt es, auch der Bevölkerung zu verdeutlichen, dass eine solche Strategie letztlich nicht nur die wirksamere und humanere, sondern auch die kostengünstigere Alternative darstellt, so lässt sich auch der Befürchtung entgegenwirken, eine prioritäre Vermittlung von Wohnungen an Wohnungslose könnte als ungerecht erlebt werden. Auch die Befürchtungen vieler Träger der Wohnungslosenhilfe, ihnen könnte die Arbeit ausgehen, sind unbegründet; wohl aber müssen sie sich auf einen deutlichen Wandel ihrer Tätigkeitsfelder und der zu leistenden Arbeit einstellen.

Was die Wohnungsversorgung für Wohnungslose angeht, ist Wien mit seinem einzigartigen kommunalen Wohnungsbestand in einer hervorragenden Position, hier gezielt Einfluss zu nehmen. Aber sicherlich ist es auch notwendig, die Versorgungschancen in anderen Segmenten des Wiener Wohnungsmarktes zu erhöhen. Nicht allen Wohnungslosen ist mit einer Wohnung in einem großen Wohnblock mit einer zahlreichen und wohlsituierten Nachbarschaft am besten gedient. Es wird darauf ankommen, eine Vielfalt von Wohnangeboten zu schaffen und dabei auch auf Wohnungen im privat vermieteten Sektor und bei Wohnungsgenossenschaften, auf spezielle Wohnprojekte und – in geringerem Umfang – auf unkonventionelle Wohnformen zurückzugreifen, ohne die Schaffung von Substandard zu fördern. Soziale Wohnraumhilfen in Belgien, Deutschland und anderswo (auch bei „Pathways to Housing“ in New York), die unkonventionellen Ansätze in Dänemark und andere Beispiele zeigen Möglichkeiten auf, wie das ohne Zweifel quantitativ bedeutendste kommunale Wohnungsangebot für Wohnungslose ergänzt werden kann.

Wird eine solche Strategie erfolgreich umgesetzt, so kann Wien hier einmal mehr eine europäische Vorreiterrolle einnehmen und beispielgebend für andere europäische Städte wirken. Dafür kann man nur die notwendige Entschlossenheit, eine glückliche Hand bei der Umsetzung und gutes Gelingen wünschen.

1. Einleitung

Im Zentrum dieses Diskussionspapiers steht „Housing First“ als neuartiger Ansatz zur Bearbeitung von Wohnungslosigkeit. Sowohl traditionelle Strategien als auch innovative Konzepte haben gegenwärtig dasselbe Ziel: bestehende Obdach- und Wohnungslosigkeit zu überwinden und die Risiken, wohnungslos zu werden, auf ein Minimum zu reduzieren. Herrscht darüber ein breiter Konsens, so hat sich bis heute ein breites Spektrum unterschiedlicher „*Routes out of Homelessness*“ (Busch-Geertsema 2005) herausgebildet, was die Charakteristik, Form und Dauer der jeweiligen Interventionen anbelangt (Benjaminsen/Dyb 2010, 130; Busch-Geertsema 2010a). Unabhängig von diesen gegenwärtigen Strukturen in der Wohnungslosenhilfe und abseits sehr unterschiedlicher Fachmeinungen zur Entwicklung des Wohnungsmarktes, insbesondere was Fragen von sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit betrifft (Bauer 2010; Jäger 2006; Schoibl 2009, 2010; Stöger/Weidenholzer 2006), wird anerkannt, dass das Konzept des „Housing First“ in den vergangenen Jahren als vielversprechender Ansatz zur Überwindung von Wohnungslosigkeit international an Bedeutung gewonnen hat (vgl. u.a. auch Benjaminsen/Dyb 2010, 139; Busch-Geertsema et al. 2010, 73; Johnsen/Teixeira 2010, 6).

Zentral bei „Housing First“ ist, dass nicht mehrere Sprossen – wie bei den derzeit vorherrschenden Stufensystemen – erklommen werden müssen, um das Ziel einer so genannten „Finalwohnung“ zu erreichen, sondern dass das rasche Erhalten einer adäquaten Wohnung (parallel zum bedürfnisorientierten und an keine Bedingungen geknüpften Angebot sozialer Dienstleistungen) am Anfang des Hilfeprozesses angesiedelt ist. „Housing First“ steht im Gegensatz zu Modellen eines „Treatment First“ und kann damit auch als Kritik an so genannten linearen „Wohnlernprogrammen“ (Eitel 2009, 526) verstanden werden⁵, die – bevor das Aufsteigen zur nächsten Wohnstufe möglich ist – insbesondere auf das Erlangen von „Wohnfähigkeit“ pochen bzw. dies mit stark normierenden Vorgaben und Mitteln zu erzwingen versuchen (kritisch dazu u.a. Atherton/McNaughton 2007; Bullen o.J., Sahlin 2002). Gleichzeitig ist die Skepsis gegenüber „Housing First“-Ansätzen groß: Vorgebracht wird, dass „Wohnen allein“ zu wenig sei und sich dadurch die Risiken für ehemals wohnungslose Menschen, erneut mit Wohnungslosigkeit konfrontiert oder auch wieder wohnungslos zu werden, potenzieren würden (für einen Überblick zur Debatte siehe Atherton/McNaughton 2007; Busch-Geertsema 2010a). Die vielversprechenden positiven Resultate bzgl. bereits realisierter „Housing First“-Projekte, die sich u.a. durch individuell konzipierte und breit ausgelegte Leistungsangebote

⁵ In der englischsprachigen Literatur werden derartige Modelle mit Begriffen wie „Continuum of Care“, „Rehabilitation“ oder „Staircase of Transition“ umschrieben.

auszeichnen, müssen diesen Kritiken allerdings entgegengehalten werden. Mit den Worten von Busch-Geertsema (2011) gesprochen, ist dieses Angebot vielmehr als „Housing Plus“ zu verstehen. Diese im internationalen Diskurs breit diskutierten fachlichen Entwicklungen in der Wohnungslosenhilfe werden auch von politischer Seite aufgegriffen: So findet sich im rot-grünen Regierungsübereinkommen der Stadt Wien der Hinweis, dass der „Housing First“-Ansatz in den nächsten Jahren in Wien verstärkt etabliert werden soll (Regierungsübereinkommen 2010, 36). Dieses Vorhaben entspricht jener Sicht auf Aufgaben und Ziele der Wiener Wohnungslosenhilfe, wie sie schon 2007 durch die zuständige Verwaltungsebene formuliert wurden:

„Wohnen hat Priorität. Vorrangiges Ziel ist eine umgehende und auf Dauerhaftigkeit ausgerichtete Wohnmöglichkeit. Alle anderen Maßnahmen dienen der Stützung dieses Ziels, da diese erst sinnvoll eingesetzt werden können, wenn der Wohnraum gesichert ist. Erst ab diesem Zeitpunkt ist eine Mobilisierung der eigenen Kompetenzen und Ressourcen möglich.“
(Wiener Wohnungslosenhilfe 2006/7, 23)

In diesem Sinne ist die Implementierung von „Housing First“ in Wien weniger als radikale Neuorientierung der Wiener Wohnungslosenhilfe, sondern vielmehr als wesentlicher Baustein einer fachlichen Weiterentwicklung zu bewerten, die angesichts der sehr positiven Resultate zur Wirksamkeit im Hinblick auf Wohnstabilität, Gesundheit und Konsumverhalten sowie KlientInnenzufriedenheit (siehe Kapitel 5) inhaltlich kaum umstritten sein kann. Will man dem Ansatz von „Housing First“ umfassend gerecht werden, sind damit dennoch neuartige fachliche Standards und eine teilweise Änderung der Angebotspalette verbunden. Dass diesbezüglich Veränderungen möglich und politisch erwünscht sind, spiegelt sich auch im Bericht der Wiener Wohnungslosenhilfe wider, in dem es heißt:

„Die Angebote der Wiener Wohnungslosenhilfe orientieren sich an normalen Wohn- und Lebensbedingungen. Zukünftig soll daher das Angebot an persönlichen Hilfen in eigenem Wohnraum gegenüber einer Unterbringung in Wohnheimen mit stationärer Betreuung forciert werden.“(Wiener Wohnungslosenhilfe 2006/7, 24)⁶

Ziel dieses Papieres ist es, nach einem Überblick zu Strukturen und Problemlagen am Wohnungsmarkt (Kapitel 2), Charakteristika von und Kritikpunkte an Stufenmodellen aufzuarbeiten (Kapitel 3), um nachfolgend internationale Diskurse zum „Housing First“-Ansatz und seinen wesentlichen fachlichen Standards auszuführen (Kapitel 4). Kapitel 5 rezipiert Studienergebnisse zu

⁶ Beide hier wiedergegebenen Leitsätze der Wiener Wohnungslosenhilfe fanden auch Eingang in die „Rahmenrichtlinie zur Qualitätssicherung“ für die vom Fonds Soziales Wien geförderten Einrichtungen der Wiener Wohnungslosenhilfe, an deren Endredaktion gegenwärtig gearbeitet wird.

gegenwärtigen „Housing First“-Projekten und verdeutlicht Möglichkeiten und Grenzen der Wirksamkeit. Kapitel 6 diskutiert Herausforderungen der Implementierung von „Housing First“ im Zusammenhang mit Fragen der Wohnraumbeschaffung und -finanzierung, den gegenwärtigen Strukturen der Wohnungslosenhilfe in Wien sowie im Kontext von fachlichen Ansprüchen und Handlungsmaximen.

Das Diskussionspapier wird dem Fachbereich Betreutes Wohnen – Wiener Wohnungslosenhilfe (FSW) am 22. Juni 2011 vorgelegt und soll den Dialog zu „Housing First“ auf politischer wie auch fachlicher Ebene fördern – mit dem Ziel einer Implementierung von „Housing First“ als Leitlinie sowie Angebot der Wiener Wohnungslosenhilfe.

Es greift Ergebnisse einer Projektgruppe des neunerHAUSes, bestehend aus Julia Emprechtinger, Claudia Halbartschlager und Markus Reiter, auf, die 2010 wesentliche Grundzüge einer Implementierung von „Housing First“ in Wien debattiert und in einem internen Arbeitspapier festgehalten haben. Die Weiterführung dieser Ideen wurde durch eine Projektgruppe, bestehend aus Claudia Halbartschlager, Elisabeth Hammer, Markus Reiter (alle neunerHAUS) und Jonathan Kufner (wissenschaftliche Projektmitarbeit neunerHAUS), vorangetrieben, wobei Jonathan Kufner einen wesentlichen Beitrag zur Aufarbeitung der internationalen Literatur und Erstfassung des vorliegenden Diskussionspapiers geleistet hat. Conny Vrbicky (neunerHAUS) hat die Projektgruppe im Hinblick auf Lektorat und Layout unterstützt.

Besonderer Dank gilt Dr. Busch-Geertsema, der als international anerkannter Experte zu „Housing First“ das Diskussionspapier in einer Rohfassung kritisch kommentiert und mit einer fachlichen Stellungnahme ergänzt hat.

2. Wohnungslosigkeit – sozialer Wohnbau – Wohnungsmarkt: Zusammenhänge und strukturelle Probleme

Die Beschäftigung mit Wohnungslosigkeit verlangt relativ rasch nach eindeutigen Kriterien (Busch-Geertsema 2010b), zumal das Phänomen selbst ein äußerst heterogenes ist und national wie international eine Vielzahl unterschiedlicher Erklärungsansätze und Auffassungen des Begriffes der Wohnungslosigkeit gängig sind (Tosi 2010). Die „European Federation of National Organisations Working with the Homeless“ (FEANTSA) hat eine Typologie der Wohnungslosigkeit und unsicheren/ungenügenden Wohnsituationen (ETHOS)⁷ erarbeitet, die gemeinhin als hilfreich eingeschätzt wird, um Ausmaß und Charakteristik von Wohnungslosigkeit zu erfassen und die Koordinierung und Kooperation unterschiedlicher Organisationen der Wohnungslosenhilfe zu steuern. Gleichzeitig werden im Rahmen von ETHOS Begriffe zum Thema Wohnen und Wohnungslosigkeit beschrieben, wobei sowohl der Fonds Soziales Wien (FSW) als Träger und Finanzier der Wohnungslosenhilfe als auch die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAWO) als Dachverband der österreichischen Wohnungslosenhilfeeinrichtungen ihr Verständnis von Wohnungslosigkeit an der ETHOS-Typologie ausrichten. Neben anderen Begriffen kommt bei einer Beschäftigung mit „Housing First“ dem Begriff der „Wohnqualität“ besondere Bedeutung zu, der im Rahmen von ETHOS wie folgt konkretisiert wird:

„Having an adequate dwelling (or space) over which a person and his/her family can exercise exclusive possession (physical domain), being able to maintain privacy and enjoy relations (social domain) and having legal title to occupation (legal domain).“
(Benjaminsen/Tosi 2007, 242)

Das System der Wohnungslosenhilfe in Wien ist von einem breit gestreuten Angebots- und Leistungsspektrum gekennzeichnet. Neben dem Ziel einer angemessenen Prävention liegt der Fokus auf ambulanten, mobilen und stationären Betreuungsmodellen (BAWO 2009; Schoibl 2009; Wiener Wohnungslosenhilfe 2006/7). Ein differenziertes Angebot an Einrichtungen soll den unterschiedlichen zielgruppenspezifischen Bedürfnissen gerecht werden, wobei sozial-, arbeitsmarkt- und gesundheitsspezifische Beratungsleistungen die Stabilisierung und die Rehabilitation von wohnungslosen oder von Wohnungslosigkeit bedrohten Personen zum Ziel haben. In Wien befinden sich 55 % aller Wiener Hauptmietwohnungen im öffentlichen oder gemeinwirtschaftlichen Besitz bzw. unter diesbezüglicher Kontrolle (Wukowitsch 2009, 65). Diese

⁷ www.feantsa.org/files/freshstart/Toolkits/Ethos/Leaflet/AT.pdf

Sonderstellung Wiens stellt eine gute Ausgangsbedingung dar, um leistbaren Wohnraum in wesentlichem Umfang zur Verfügung zu stellen. So geeignete Strukturen und Schnittstellen vorhanden sind, bietet sich damit auch die Möglichkeit, dass wohnungslose Menschen direkt aus Einrichtungen der Wiener Wohnungslosenhilfe (WWH) in Gemeindewohnungen übersiedeln können.

2.1. Die Bedeutung des sozialen Wohnbaus zur Verwirklichung eines Rechts auf Wohnen

Das Recht auf Wohnen ist nicht nur Bestandteil der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (Art. 25.1), sondern auch der Europäischen Sozialcharta, die in Österreich 1969 ratifiziert wurde. In Frankreich wurde 2007 ein einklagbares Recht auf Wohnen eingeführt, was hinsichtlich der vorherrschenden Kluft zwischen theoretisch-normativen Zielvorstellungen und einem praktisch einklagbaren Rechtstitel eine Trendwende markiert. Schoibl (2009, 212) spricht hinsichtlich dieser Differenz von einer „*halbherzigen Verankerung des Menschenrechts auf Wohnen*“ in Österreich und weist darauf hin, dass „*zentrale wohnpolitische Grundsätze*“ zwar einen Appell bzgl. eines „*Wohnraums in ausreichender Quantität und Qualität*“ darstellen, dieser jedoch auf dem Weg zu sozial „*adäquatem und erschwinglichem Wohnraum*“ und somit zu einer „*Rechtsrealität*“ verpufft.

In der Verwirklichung des Rechts auf Wohnen wird von vielen ExpertInnen auf die Bedeutung eines breiten sozialen Wohnbaus verwiesen. Dieser wird als das Mittel der Wahl genannt, welches am ehesten eine nachhaltige Wohnversorgung gewährleistet und Tendenzen der Exklusion und Segregation entgegenwirkt (Amann/Mundt 2009; Bartel et al. 2006; Bauer 2010; Busch-Geertsema 2005; FEANTSA 2008; Wukovitsch 2009). Neben der Abfederung allgemeiner Krisensituationen gelingt dem sozialen Wohnbau auch eine positive Unterstützung in individuellen Krisen insofern, als der direkte Zusammenhang zwischen individueller Position am Arbeitsmarkt mit jener am Wohnungsmarkt an Wirkmacht verliert (Stöger/Weidenholzer 2006, 10).

Da aus der Sicht der ExpertInnen „*der Markt als Allokationsmechanismus gravierende Ungleichheiten in der Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum produziert*“ (ebd., 9), kommt der öffentlichen Hand eine wesentliche Funktion in der Sicherstellung der Wohnraumversorgung zu. Im Rahmen der öffentlichen Förderpolitik stehen dabei angebotsseitige (Objektförderung) bzw. nachfrageseitige (Subjektförderung) Förderinstrumente zur Verfügung, um eine bedarfsorientierte Wohnungsproduktion sowie qualitative wie auch quantitative Standards in der Wohnraumversorgung zu gewährleisten (ebd.). Obwohl die gute Position und Vorbildfunktion Österreichs im Sektor des sozialen Wohnbaus in internationalen Vergleichen positiv hervorgehoben wird (u.a. Amann/Mundt

2009; Amann/Lugger 2006 nach Schoibl 2009; Bartel et al. 2006; Jäger 2006), stellt die „*tendenzielle Begünstigung der Mittelschicht, um den Wohnungsmarkt insgesamt zu entlasten*“ (Wukovitsch 2009 63) einen Schwachpunkt dar, weil die am stärksten Benachteiligten von dieser Wohnungspolitik damit nur indirekt tangiert werden (vgl. dazu auch Bauer 2010; Stöger/Weidenholzer 2006). Die negativen Effekte dieses mangelnden Fokus der Wohnungspolitik auf benachteiligte Gruppen verschärfen sich insofern, als ein sich an Marktlogiken orientierender Umwandlungsprozess zu konstatieren ist, der zwar zögerlich, aber dennoch kontinuierlich die fördernden und konstruktiven Aspekte der sozialen Wohnbaupolitik aushöhlt (u.a. Bartel et al. 2006; Busch-Geertsema 2002b, 2007; Kofler 2003; Sahlin 2002; Wukovitsch 2009).

Die Folgen dieser Orientierung an ökonomischen Prämissen beschreiben Doherty et al. (2004, 21):

“Traditionally social housing provision has offered a solution to – or at least an alleviation of – the problems of affordability. In the general context of the increasing commodification of housing throughout Europe [...] and demands for a reduction in state expenditure there has been a curtailment in the provision of and support for social housing especially by state authorities. Additionally, the problems of curtailed supply have been compounded by the increasing commercialisation of housing associations and housing companies and their consequent adoption of financial ‘risk-avoidance’ strategies which have the effect of drawing social housing away from a focus on the most deprived and at-risk households; the vetting of tenants for ‘reliability’ and the use of eviction orders are symptomatic of this process.”

Anzunehmen ist, dass mit dem tendenziellen Rückzug der öffentlichen Hand von der Bereitstellung bzw. Finanzierung von sozialem Wohnbau die am Wohnungsmarkt strukturell benachteiligten Gruppen mit zusätzlichen Hürden in der Sicherung von leistbarem Wohnraum konfrontiert sind.

Neben der Bereitstellung und Finanzierung des sozialen Wohnbaus ist auch die Gestaltung des Zugangs zum sozialen Wohnbau bedeutsam. In Wien erfolgt dies für Kommunalwohnungen durch die MA 50 (Soziale Wohnungsvergabe), für Wohnungen von gemeinnützigen Trägern durch das Wohnservice Wien. Etwaige Hürden im Zugang zum sozialen Wohnbau für benachteiligte Gruppen sind – parallel zum Fokus auf die Implementierung von „Housing First“ – kritisch zu evaluieren und jedenfalls abzubauen.

2.2. Der Strukturwandel des österreichischen Wohnungsmarktes und seine Wirkungen auf benachteiligte Gruppen

Obwohl Wohnungslosigkeit in den meisten Fällen sozioökonomisch bzw. multifaktoriell bedingt ist und „*die letzte Stufe eines extremen Verarmungsprozesses*“ darstellt (Schoibl 2008, 1), erfährt sie seit geraumer Zeit durch strukturelle Faktoren eine zunehmende Verschärfung (Bauer 2010; Busch-Geertsema 2010a; FEANTSA 2008; Host Country Report 2009; Kofler 2003; Schoibl 2007, 2008, 2009; Wiener Wohnungslosenhilfe 2006/07; Wukovitsch 2009). Aktuelle Beschreibungen des österreichischen Wohnungsmarktes sind zwar – kaum verwunderlich – äußerst mannigfaltig und identifizieren stark voneinander abweichende Ausmaße, Instrumentarien und Programme sozialer Treffsicherheit und Stabilität, nichtsdestotrotz lassen sich einzelne wesentliche Merkmale eines Strukturwandels beschreiben, der sich negativ auf die Wohnversorgung benachteiligter Gruppen auswirkt.

2.2.1. Merkmale des Strukturwandels am Wohnungsmarkt

Der Strukturwandel am Wohnungsmarkt, der insbesondere seit Mitte der 1990er-Jahre eingesetzt hat (Doherty et al. 2004), zeichnet sich durch mehrere, teilweise miteinander verbundene Prozesse aus, die im Folgenden anhand dreier Aspekte veranschaulicht werden.

Rückzug öffentlicher Wohnbauträger

Neben einer unzureichenden Bestanderhaltungspolitik, die eine weitgehende Verschlechterung des Altbaubestandes mit sich bringt, ziehen sich städtisch-öffentliche Träger – spätestens seit Mitte der 1990er-Jahre – zunehmend aus dem Ausbau weiteren Wohnungsbestandes zurück. Hand in Hand geht damit eine Ablösung der Sozialbindungen von gefördertem Wohnraum, was wiederum in Verbindung mit dem Verkauf von gemeinde- bzw. bundeseigenem Wohnbestand an private Akteure zu einem Anwachsen des profitorientierten Wohnungsmarktsegmentes führt. Erreichte der Prozentsatz von öffentlich bzw. gemeinnützig errichtetem Wohnbau (in Wien, bezogen auf Wohnungsneubau) bis zum Ende der 1980er knapp 80 %, so sank dieser kontinuierlich und befindet sich am Ende der 1990er-Jahre bei 40 %, österreichweit bei 30 % (Kofler 2003). In einer Situation sich verschärfenden Wohnungsmangels wurde der städtische Wohnbau allerdings nicht weiter ausgebaut, sondern es wurde darauf vertraut, dass der bereits vorhandene Wohnraum den Bedarf decken kann bzw. durch Privatisierungen leistbares Wohnen besser ermöglicht wird.

Abkehr von der Objektförderung

Was die Wohnbauförderung betrifft, wird eine Verlagerung des Schwerpunktes von objektfördernden Unterstützungsleistungen hin zu Subjektförderungen konstatiert und es ist zu erwarten, dass sich die Geschwindigkeit dieses Trends in Zukunft weiter beschleunigen wird. Schoibl (2009, 213) weist darauf hin, dass sich dieser Schritt negativ auswirkt, und zwar:

„... im Hinblick auf Steuerungsmöglichkeiten bezüglich der Vergabe von Wohnraum nach sozialen Gesichtspunkten, der Belegung von Gebäuden und der sozialen Mischung sowie nach der Qualität von Wohnraum und Wohnumfeld.“

Gleichzeitig wurde auch profitorientierten Wohnbauträgern die Errichtung geförderter Wohnungen ermöglicht, was laut Meinung von ExpertInnen ebenfalls die Preisentwicklung des geförderten Wohnraums anheizt und die Segmentierung des Wohnungsmarktes vorantreibt (vgl. Schoibl 2009, 213). Die nach wie vor starke Ausrichtung an der Objektförderung bewertet Wukovitsch (2009, 67) durchaus positiv, und zwar insofern, als sie soziale Segregation hintanhält und zu einer Stabilisierung der Situation von Mittelschichtsangehörigen beiträgt. Gleichzeitig zieht er jedoch bzgl. der bisher verfolgten Wohnungspolitik das ernüchternde Fazit, dass die gegenwärtigen Strukturen und Strategien zu wenig auf die Wohnversorgung benachteiligter Gruppen ausgerichtet sind. Dies belegen auch die Ergebnisse einer Studie zu Verteilungswirkungen der Wohnbauförderung (WIFO 2009), die für die Subjektförderung zwar eindeutige umverteilende Wirkungen zugunsten der unteren Einkommensschichten zeigt, allerdings im Fall der Objektförderung von gegenteiligen Verteilungswirkungen ausgeht, da der Großteil der Förderungen auf obere Einkommensschichten entfällt.

Steigende Mietpreise

Bestanden bis in die 1980er-Jahre für Altbaubestände relativ strenge Mietzinsobergrenzen, richten sich durch die Novellierung des Mietrechtsgesetzes und die kontinuierliche Rücknahme sozialverträglicher Mietpreis- und Wohnkostenrichtlinien die Mietenbewertungen nunmehr stärker an ökonomischen Kriterien aus. Das mündet nicht nur in eine weitere Segmentierung des Wohnungsmarktes, sondern beschränkt den Anteil von Wohnungen im privaten Sektor mit niedrigem Mietzins auf Substandardwohnungen bzw. solche, die öffentlich gefördert sind (Kofler 2003; Schoibl 2009; Wukovitsch 2009).

Das bis in die 1990er-Jahre im europaweiten Vergleich relativ niedrige Mietzinsniveau ist nicht nur durch ein breites Repertoire an Fördermitteln begründet, sondern auch durch das hohe Ausmaß an unbefristeten Mietverträgen. Durch die Einführung und Verbreitung befristeter Mietverträge stiegen nicht nur die Mietpreise signifikant an (zwischen 1995 und 2004 um 75 % bei gleichzeitig viel geringerem Anstieg des Lohnniveaus; Bartel et al. 2006; Wukovitsch 2009), vielmehr sind nunmehr vor allem einkommensschwache Haushalte zu einer hohen, unfreiwilligen Wohnmobilität gezwungen, da der Bestand und der Zugang zu adäquatem und leistbarem Wohnraum immer rarer wird. In diesem Zusammenhang gehen Zwangsnomadisierung und Zwangssesshaftigkeit (Kofler 2003; Schoibl 2009) Hand in Hand und die Gefahr der Wohnungslosigkeit steigt.

2.2.2. Gegenwärtig benachteiligte Gruppen am Wohnungsmarkt

Am Wohnungsmarkt besonders benachteiligt sind derzeit einkommensschwache oder AlleinverdienerInnenhaushalte, Arbeitslose, PensionistInnen, MigrantInnen, junge Familien und ehemals wohnungslose Menschen (Baptista 2010; Busch-Geertsema 2010a; FEANTSA 2008; Kofler 2003; Pleace 2010; Quilgars 2010; Schoibl 2009; Wukovitsch 2009).

Neben diesen strukturellen Zugangsbarrieren am Wohnungsmarkt bestehen informelle Hürden (wie z.B. Diskriminierung aufgrund der Herkunft durch den/die VermieterIn), die Bevölkerungsgruppen den Zugang zu qualitativem Wohnraum erschweren (Busch-Geertsema 2002b, 2010a; FEANTSA 2010; Schoibl 2008; Wukovitsch 2009). Brisanz gewinnt diese Kombination von strukturellen und informellen Barrieren durch einen Diskurswechsel, der strukturelle Phänomene zunehmend ausgeblendet hat und stattdessen zu einer *„durchgängigen Individualisierung bis Pathologisierung der Ursachen von Wohnungslosigkeit“* (Schoibl 2008, 3) neigt (siehe dazu auch Sahlin 2002).

Die in den vergangenen Jahren besonders gestiegene Wohnbauqualität, z.B. im Hinblick auf verbesserte Wohnstandards und größere Einheiten, zieht die Problematik nach sich, dass die Verfügbarkeit kostengünstigen Wohnraums, z.B. auch mit kleineren Einheiten und schlechterer Ausstattung, abnimmt und die Wohnungsnot von einkommensschwachen Gruppen zusätzlich verstärkt wird.

2.2.3. „Housing First“ löst keine strukturellen Probleme des Wohnungsmarktes

Wohnungslosigkeit ist neben anderen Faktoren eng mit der Struktur des Wohnungsmarktes verknüpft. Wird „Housing First“ im internationalen Diskurs zwar als Ansatz zur Bearbeitung von

Wohnungslosigkeit angesehen, so ist der weiterführende Schluss, dass damit auch strukturelle Probleme des Wohnungsmarktes nachhaltig positiv beeinflusst werden können, irreführend. Die Beschäftigung mit „Housing First“ mag zwar helfen, dass die Problemlagen am Wohnungsmarkt wieder stärker ins Zentrum der öffentlichen Debatte rücken, kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass strukturelle Problematiken mit strukturellen Maßnahmen zu lösen sind (vgl. dazu auch Busch-Geertsema et al. 2010, 75 f.). Auch auf EU-Ebene scheint man nunmehr – u.U. auch als Steuerung gegen die Effekte zunehmender Ökonomisierung des Wohnungsmarktes – die Notwendigkeit struktureller Lösungen anzuerkennen, wie im „Draft Joint Report on Social Protection and Social Inclusion 2010“ ausgeführt wird:

“Tackling housing exclusion and homelessness therefore requires integrated policies combining financial support to individuals, effective regulation and quality social services, including housing, employment, health and welfare services. More attention needs to be paid to the quality standards of social services and the specific obstacles the homeless face in accessing them. Social and public housing are the key element in housing policies, and often the main solution for homelessness.”

2.3. Mangelhafte Datenlage und Vergleichbarkeit

Um gegenwärtige und neue Angebote der Wohnungslosenhilfe bestmöglich auszurichten und die Koordinierung und Kooperation unterschiedlicher Organisationen der Wohnungslosenhilfe zu erleichtern, ist eine Transparenz und Profilschärfe bzgl. Ausmaß und Charakteristik der Wohnungslosigkeit unabdingbar. Die vorhandene Datenlage und ihre Vergleichbarkeit ist innerhalb der EU und auch in Österreich allerdings als mangelhaft zu bezeichnen (für Österreich vgl. u.a. Schoibl 2009, 215).

Für die EU-Ebene ist zu konstatieren, dass mit der Etablierung der europäischen Armutsberichterstattung auf Grundlage der EU-SILC Erhebungen *„Fragen um Armut und soziale Inklusion/Exklusion in der nationalstaatlichen politischen Agenda“* (Fink 2010, 68) verstärkt Einzug gehalten haben und somit gesamtgesellschaftlich sichtbar geworden sind (vgl. dazu auch Eitel 2009). Nichtsdestotrotz wird allzu häufig auf die Schwierigkeit der Vergleichbarkeit signifikant unterschiedlicher Rahmenbedingungen bzw. Auffassungen von Wohnungslosigkeit sowie divergierender Strategien zur Überwindung von Wohnungslosigkeit hingewiesen, ebenso wie auf einen Wandel der Ansätze in der Wohnungslosenforschung selbst (Busch-Geertsema 2010b; FEANTSA 2010; Tainio/Frederiksson 2010b; Tosi 2010). Dass die Notwendigkeit grundlegender

Forschung in den letzten Jahren auf europäischer Ebene grundsätzlich erkannt wurde, kann man an einer Reihe jüngerer Projekte und Initiativen ablesen (EUROCITIES⁸, FEANTSA⁹, PROGRESS¹⁰, OKM¹¹ etc.; vgl. bspw. Fitzpatrick 2010).

In Österreich hat ein durch das Wohnbauförderungsgesetz (1968) eingerichteter Fonds die Erforschung der Wohnraumsituation sowie der Wohnungslosigkeit v.a. in den 1970er- und 1980er-Jahren ermöglicht. Dieser Fonds wurde 1989 aufgrund einer Änderung in der föderalen Zuständigkeit für die Wohngesetzgebung aufgelöst, und so werden gegenwärtig Studien zum Thema Wohnungslosigkeit insbesondere von Interessensgruppen durchgeführt (Kofler 2003, 5). Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAWO), welche seit ihrem Bestehen eine Vielzahl an Forschungsprojekten eingeleitet und selbstständig bzw. in Zusammenarbeit mit Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe durchgeführt hat (Schoibl 2009, 215). Trotz dieser Initiativen der vergangenen Jahre ist festzuhalten, dass *„keine Zahlen und Detailangaben über Wohnungsnot/ Wohnungslosigkeit in Österreich vorliegen“* (ebd.; vgl. dazu auch Fitzpatrick 2010, 12), obwohl diese als grundlegend gerade für die Konzeption und Evaluierung von neuen Angeboten wie „Housing First“ anzusehen sind. Auch Busch-Geertsema (2010a, 9) betont die Notwendigkeit weiterführender Forschungsarbeiten, wenn er schreibt:

„Debate and further research on quality issues regarding adequate social support and housing for formerly homeless people is needed. The effectiveness of different combinations of housing and support of different types of social work approaches should be evaluated.“

(vgl. dazu u.a. auch Benjaminsen/Dyb 2010, 134 ff.)

Die derzeit durchgeführte Evaluationsstudie zur Wiener Wohnungslosenhilfe (für einen Überblick zum Design siehe Riesenfelder et al. 2011) ist sicherlich ein wesentlicher Schritt zur Behebung des konstatierten Defizits, muss aber weiterführend auch durch Detailanalysen ergänzt werden.

⁸ EUROCITIES ist ein Netzwerk einer Vielzahl europäischer Städte, die vorrangig das gemeinsame Ziel verfolgen, das Zusammenleben in europäischen Städten zu optimieren und Inklusion zu fördern. Siehe www.eurocities.eu/main.php [13.6.2011]

⁹ FEANTSA stellt einen europaweiten Zusammenschluss von NROs dar, um Wohnungslosigkeit zu bekämpfen. Siehe www.feantsa.org/code/en/hp.asp [13.6.2011]

¹⁰ PROGRESS versucht die Ziele der Europäischen Union im Hinblick auf Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit zu fördern und umzusetzen. Siehe <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=327&langId=de> [13.6.2011]

¹¹ Die OKM (Offene Koordinierungsmethode) für Sozialschutz und soziale Eingliederung verfolgt auf unterschiedlichen Ebenen soziale Inklusion, indem auf Methoden des wechselseitigen Lernens und des Erfahrungsaustausches (bzgl. Problemlösungsstrategien und -mechanismen) gesetzt wird (vgl. Fink 2010; Lang/Steiner 2010; Kargl/Schenk 2010).

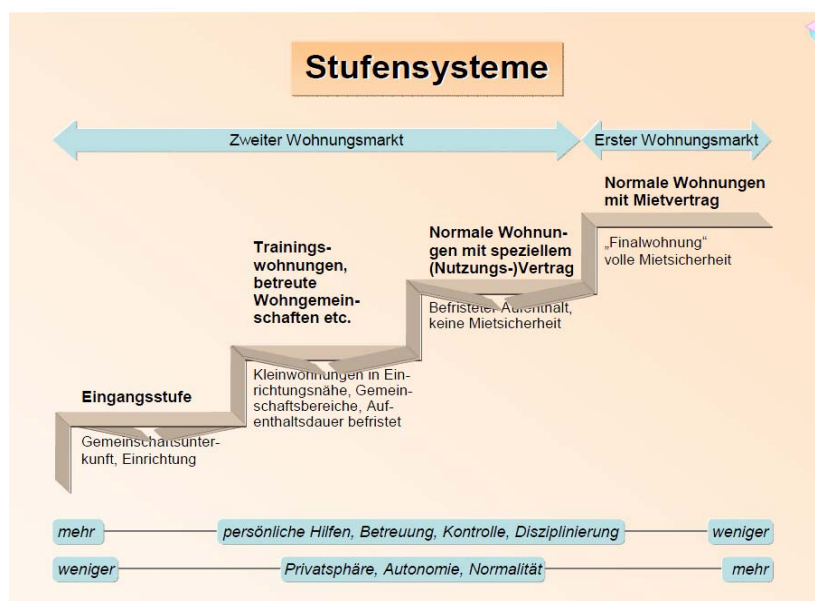
3. Stufenmodelle – Charakteristika und wesentliche Kritikpunkte

3.1. Charakteristika von Stufenmodellen

Stufenprogramme und Modelle beruhen auf dem Ansatz des „Treatment First“ (Padgett et al. 2006): Um letztendlich wieder eine eigene abgesicherte und reguläre Wohnung beziehen zu können, werden wohnungslose Menschen mit gezielten und obligatorischen Hilfestellungen dabei unterstützt, mehrere aufeinanderfolgende Ebenen dieses Systems zu durchlaufen. Verschiedene Einrichtungen und Betreuungsstufen (z.B. Notquartiere, zeitlich begrenzte und für spezifische Klientel eingerichtete Unterkünfte, betreutes Wohnen etc.), die einen unterschiedlichen Grad der Autonomie und Kontrolle aufweisen und der Reihe nach absolviert werden, unterstützen KlientInnen nicht nur dabei, unabhängiges Wohnen schrittweise zu üben, sondern auch wesentliche Themen, z.B. Schulden, Drogenkonsum oder Erwerbsarbeit, positiv zu bearbeiten. Busch-Geertsema (2010a, 1) beschreibt diesen Prozess wie folgt:

“The assumption is that the clients gradually qualify for regular housing. In this model the degree of privacy, autonomy and freedom as well as the quality of the accommodation increase in an upward movement (as a kind of reward for good behaviour and success in overcoming problems) while the degree of supervision and control decreases.”

Eine grafische Darstellung veranschaulicht wesentliche Charakteristika von Stufensystemen (Busch-Geertsema 2011):



Stufenmodelle bieten in linearer Abfolge zusammenhängende Betreuungselemente an – eben ein „Continuum of Care“ – und werden hinsichtlich ihrer Funktion, ehemals wohnungslose Personen bei der Wiedererlangung der selbstständigen Wohnfähigkeit zu unterstützen sowie Menschen erstmalig von der Straße in Einrichtungen zu holen als äußerst positiv und effektiv beschrieben, da sie die bis Anfang der 1980er-Jahre in Österreich bestehende Problematik, dass es ausschließlich Herbergen und Nachtasyle – ohne jegliches zusätzliches Betreuungsangebot – gab, schrittweise zu bearbeiten begannen. Bis dahin fehlte es nicht nur an einem umfassenden Betreuungs- und Tagesangebot für wohn- bzw. obdachlose Menschen, sondern darüber hinaus agierten die vorhandenen Einrichtungen ohne jegliche Kooperationsbasis, was eine planmäßige Überwindung von Wohnungslosigkeit verunmöglichte.

„Anrainerproteste und die Erkenntnis, dass diese Maßnahmen (vereinzelte Übernachtungsangebote ohne professionelles Betreuungsangebot, Anm. d. Verf.) für die Betroffenen keine dauerhafte Verbesserung brachte, führten in den größeren Städten zu Überlegungen, durch ein umfassendes Betreuungsprogramm sowie durch die Zusammenarbeit aller bestehenden Einrichtungen dem Problem der Wohnungslosigkeit planmäßig entgegenzuwirken.“

(Eitel 2009, 524)

Tainio/Frederiksson (nach Johnson/Teixeira 2010, 5) zeigen darüber hinaus auf, dass Stufenmodelle eine gute Option bspw. für Personen darstellen, die an Rehabilitationsprogrammen teilnehmen und zusätzlich die Unterstützung betreuten Wohnens in Anspruch nehmen wollen.

3.2. Kritikpunkte an Stufenmodellen

Unabhängig von diesen eben genannten positiven Befunden von Stufenmodellen für einzelne Zielgruppen haben in den vergangenen Jahren insbesondere jene Debatten zugenommen, die wesentliche Aspekte derartiger Modelle als problematisch identifizieren (Atherton/McNaughton 2008; Bullen o.J., Busch-Geertsema 2010a; Johnson/Teixeira 2010; Sahlin 2002). Auf wesentliche Kritikpunkte wird im Folgenden hingewiesen:

- Es wird kritisiert, dass jegliche Form kontinuierlichen Wohnens durch die den Stufenmodellen innewohnende Charakteristik des zeitlich befristeten, schrittweisen Aufstiegs per Wohnungswechsel unmöglich gemacht wird. Dies bedeutet für die Betroffenen zumeist Instabilität, Stress und mitunter auch ein Gefühl des „In-die-Welt-geworfen-Seins“.

- Kritisch zu hinterfragen ist, inwiefern die institutionellen und betreuerischen Settings in Stufenmodellen dem Anspruch der Unterstützung beim Wiedererlernen von „Wohnfähigkeit“ gerecht werden, oder ob nicht vielmehr das Gegenteil erreicht wird, da sie eher eine Anpassung an institutionelle Normen und Gruppenstrukturen einfordern als eine Annäherung an normales und selbständiges Wohnen anbieten.
- Besonders für Personen mit Multiproblemlagen wird die stufenweise Abnahme von Unterstützungsmaßnahmen, die in Stufenmodellen jedenfalls vorgesehen ist, als riskant eingeschätzt.
- Der Mangel an Entscheidungsfreiheit und Selbstbestimmung der BewohnerInnen in Verbindung mit standardisierten Maßnahmen, frei nach dem Motto „One size for all“ lässt eine individuelle und bedürfnisorientierte Betreuung unwahrscheinlich werden. Häufig geäußert werden auch Bedenken bezüglich einer die KlientInnen entmündigenden Überbetreuung in herkömmlichen Stufenmodellen. Zusätzlich liegt die Entscheidungsgewalt, wann und wohin KlientInnen übersiedeln, allein bei den BetreuerInnen, was ein hohes Maß an Kontrolle und Normierungsmöglichkeiten impliziert.
- Der teilweise Jahre andauernde Prozess bis zum Erreichen einer eigenen Wohnung („Finalwohnung“), der oftmals auch durch zwar vorgesehene, aber in der jeweiligen Situation nicht vorhandene Aufstiegsmöglichkeiten erschwert wird, bringt mit sich, dass viele KlientInnen den Sprung von einer Stufe zur nächsten nicht schaffen – in der o.a. Grafik wird dies durch Brüche in den dargestellten Stufen symbolisiert. Die Folge davon ist eine neuerliche Herabstufung oder aber ein gänzliches Herausfallen aus dem System, was die Zielsetzungen von Stufenmodellen konterkariert.
- Gegenwärtige Stufensysteme zeichnen sich in der Regel im unteren Bereich durch niedrigere Zugangskriterien aus, weisen aber „weiter oben auf der Leiter“ teilweise hohe Zugangshürden und unterschiedliche Kriterien auf, die es erlauben, potentiell „schwierige“ KlientInnen abzuweisen. Die Metapher des Flaschenhalses veranschaulicht diese Strukturelemente und verweist auf deren negative Effekte.

Zusammenfassend kann auf Sahlin (2002) verwiesen werden, die u.E. die umfangreichste Kritik zu Stufenmodellen vorgelegt hat. Anhand von Studien (ebd., 20) belegt sie, dass Stufenmodelle nur marginal dazu imstande sind, Wohnungslosigkeit zu überwinden, sondern diese ganz im Gegenteil

sogar verstärken (vgl. dazu auch Busch-Geertsema 2010a, 2). Zusätzlich dazu scheint das „Continuum of Care“-System während der vergangenen Jahre zu einem Selbstläufer geworden zu sein: Als Folge davon, dass differenzierter „Bedarf“ produziert wird, nimmt der zweite Wohnungsmarkt immer größere Ausmaße an anstatt zu schrumpfen, was Armut verwaltet, aber nicht reduziert.

Dies hat laut Sahlin (2002) u.a. zweierlei Konsequenzen, die in ähnlicher Weise auch von Schoibl (2008) für die Wiener Wohnungslosenhilfe herausgearbeitet werden. Für die SozialarbeiterInnen im Feld der Wohnungslosenhilfe gilt, dass:

„(...) the staircase and the secondary housing market tend to reinforce the social workers' view of homeless people as "incapable of independent living" and, hence, neither needing nor deserving (regular) housing.“(Sahlin 2002, 14)

Für die Betroffenen wiederum wird konstatiert, dass u.a. die unsichere Perspektive einer Finalwohnung dazu führt, dass Stufenmodelle insgesamt an Vertrauenswürdigkeit verlieren und damit an Effektivität einbüßen:

„The unreliable prospect of ‚real‘ housing contribute to the fact that the staircase system is beginning to lose credibility also among homeless people. Interview studies show that many rough-sleepers regard themselves as permanently excluded from the secondary housing market and/or would not want to try it again after having been humiliated by the prevailing rules, surveillance or harsh sanctions, or because they feel let down despite good behaviour and patience.“(Sahlin 2002, 14)

Angesichts dieser Kritiken muss festgehalten werden, dass Stufensysteme offenkundig vor der Herausforderung stehen, fachliche Neuorientierungen vorzunehmen. „Housing First“-Ansätze bieten dabei nicht nur einen innovativen Blickwechsel an, sondern können auch auf ausgearbeitete fachliche Standards verweisen, die bei der Reformierung von Stufenmodellen zur Sicherung eines bestmöglichen Angebotes für wohnungslose Menschen jedenfalls Berücksichtigung finden sollten.

4. „Housing First“ – Fachliche Standards und gegenwärtige Entwicklungslinien

Der „Housing First“-Ansatz basiert auf dem Prinzip der Bereitstellung einer eigenen Wohnmöglichkeit. Dies wird als wesentliche Voraussetzung gesehen, um unterschiedliche (finanzielle, soziale, gesundheitliche etc.) Problematiken in den Griff zu bekommen – und zwar besser in den Griff zu bekommen, als dies in umgekehrter Richtung funktionieren würde. Mit den Worten von Johnson/Teixeira (2010, 6):

“It (the „Housing First“ approach) does not attempt to ‚fix‘ clients to make them ‚housing ready‘, but rather is premised on the assumption that the best place to prepare for independent living is in independent accommodation.”

Entwickelt und erstmalig implementiert wurde dieser Ansatz in den frühen 1990er-Jahren von der „Pathways to Housing“-Initiative in New York unter der Federführung von Sam Tsemberis. Vor allem angesichts der prekären Situation von Menschen mit einer psychiatrischen Erkrankung, die ausschließlich auf Notquartiere angewiesen waren, suchte Sam Tsemberis eine Alternative zu bereits bestehenden Strukturen.

4.1. Fachliche Standards von „Housing First“

Das Pilotprojekt „Pathways to Housing“ orientiert sich an verschiedenen Grundelementen, denen essentielle Bedeutung für die gesamte „Housing First“-Debatte zukommt. Ausgehend vom Pilotprojekt „Pathways to Housing“ werden diese Grundelemente unter Hinzuziehung aktueller Literatur und weiterführender internationaler Erfahrungen als fachliche Standards für die Umsetzung von „Housing First“ in Wien reformuliert und im Folgenden erläutert (Atherton/McNaughton 2008; Benjaminsen/Dyb 2010; Busch-Geertsema 2010a; Johnson/Teixeira 2010; Gulcur et al. 2003; Tsemberis et al. 2004).

4.1.1. Direkter Zugang zu einer eigenen leistbaren und dauerhaften Wohnung

Als erster Schritt wird im Rahmen der „Pathways to Housing“-Initiative der direkte Zugang (von der Straße bzw. anderen Einrichtungen) zu einer eigenen leistbaren und dauerhaften Wohnung

ermöglicht, was jedenfalls ein reguläres Mietverhältnis sowie einen eigenen Wohnungsschlüssel impliziert. Was die verfügbaren Wohnungen betrifft, wird eine dezentrale Strategie verfolgt: Einerseits sind die Wohnungen in unterschiedlichen Stadtgebieten angesiedelt, andererseits nehmen die Wohneinheiten maximal 15 bis 20 % der jeweiligen Gebäude ein. Der Fokus auf ein weniger stark institutionalisiertes Setting soll dazu beitragen, soziale Integration zu ermöglichen, eine ausgewogene soziale Durchmischung zu gewährleisten sowie potentiellen Segregationstendenzen bereits im Vorfeld präventiv entgegenzuwirken. Um eine Wohnung bei „Pathways to Housing“ (Tsemberis et al. 2004, 652) zu beziehen, ist es Bedingung, dass 30% des Einkommens für die Miete aufgebracht werden, wobei häufig der verbleibende Anteil durch öffentliche Mittel subventioniert wird.

Die Bedeutung von leistbarem Wohnraum – im Rahmen von „Housing First“-Projekten, aber grundsätzlich auch als Anspruch an den gesamten Wohnungsmarkt bzw. sozialen Wohnbau – wurde oftmals wiederholt und wird z.B. auch von Busch-Geertsema betont:

“It is important not to underestimate the role of affordable, adequate housing as the foundation of any lasting exit from homelessness. Almost equally important is the capacity of formerly homeless people to meet basic housing and living costs. Exits from homelessness for transitionally homeless people can be enabled where it is possible to pursue policies that enhance affordable housing supply, facilitate access to paid work and/or ensure that income from welfare benefits is sufficient.” (Busch-Geertsema et al. 2010, 81)

Wie weiter oben bereits erwähnt, ist „Housing First“ als Strategie nicht dazu geeignet, die strukturell bedingten Ursachen von Wohnungslosigkeit und prekärem Wohnen zu überwinden, denn nur durch einen breiten politischen Konsens, der auch für benachteiligte Gruppen treffsichere Wohnbauförderinstrumente sowie eine geförderte Wohnraumschließung vorsieht, lässt sich leistbares Wohnen auf breiter Basis umsetzen.

Angesichts des wohnbaupolitischen Status quo sowie des Umstandes, dass in der internationalen Debatte keine einheitliche Definition von „Housing First“ auszumachen ist (Atherton/McNaughton 2008, 291), wird im Folgenden davon ausgegangen, dass bei der Implementierung von „Housing First“ kontextabhängige Zielgruppenspezifizierungen vorgenommen werden müssen.

4.1.2. Zielgruppen

In das Zielgruppenspektrum von „Pathways to Housing“ fallen Personen mit einer „Doppeldiagnose“ (psychiatrische Erkrankung und ein problematisches Konsumverhalten bzw. Abhängigkeit) sowie Langzeitwohnungslose und Personen, die negative Erfahrungen mit herkömmlichen Wohnungsloseneinrichtungen gemacht haben und/oder schlichtweg ein alternatives Angebot benötigen. Als Zugangskriterien gilt das Prinzip: „First Come – First Served“

Auch die Mehrheit der bislang untersuchten US-amerikanischen wie auch europäischen „Housing First“-Projekte zeichnet sich durch einen relativ engen Zielgruppenfokus aus (Atherton/McNaughton 2008; Busch-Geertsema 2010a; Johnson/Teixeira 2010; Padgett et al. 2006; Siegel et al. 2006; Tsemberis et al. 2004). Zumeist sind das Personen, die jahrelang wohnungslos waren, eine psychiatrische Erkrankung haben und zusätzlich substanzabhängig sind – und damit eine Subgruppe der Langzeitwohnungslosen darstellen (Busch-Geertsema, 2010a, 5.). Dass für diese Zielgruppe ein rascher wie gezielter Handlungsbedarf besteht, wurde in den vergangenen Jahren auch für Wien konstatiert (Gusenleitner et al. 2008; Wiener Wohnungslosenhilfe 2006/7).

Ausgehend von der aktuellen Literatur – und im Hinblick auf die spezifischen Rahmenbedingungen und Verhältnisse in Wien – können die Zielgruppen für „Housing First“-Projekte wie folgt eingeschränkt werden:

- Langzeitwohnungslose Menschen mit „Doppeldiagnose“ und Personen, die aus Psychiatrien oder Haftanstalten entlassen wurden
- Menschen, die seit kurzem obdach- bzw. wohnungslos sind oder kurz vor der Delogierung stehen
- Menschen ohne gesichertes Wohnverhältnis, die einen Ausweg aus ihren prekären Wohnverhältnissen suchen, Betreuung und Unterstützung benötigen und in Anspruch nehmen wollen
- Menschen, die an den Barrieren, Verpflichtungen, Gesetzmäßigkeiten des Stufenplans gescheitert sind
- Strukturell benachteiligte Menschen mit Betreuungsbedarf: MigrantInnen, Familien mit Kindern, AlleinerzieherInnen, ehemals Wohnungslose
- Junge (wohnungslose) Menschen mit problematischem Substanzkonsum

- Jugendliche bzw. junge Erwachsene mit Multiproblemlagen und Betreuungsbedarf sowie ohne gesichertes Wohnverhältnis

„Housing First“ ist damit nicht nur ein Ansatz zur Bearbeitung von Langzeitwohnungslosigkeit, sondern in gleichem Maße auch ein Projekt, das der Entstehung neuer Langzeitwohnungslosigkeit aktiv entgegenwirkt (Busch-Geertsema 2011b, 17). Aus diesem Präventionsgedanken heraus zählen auch junge wohnungslose Menschen oder am Wohnungsmarkt strukturell benachteiligte Menschen mit Betreuungsbedarf zu den Zielgruppen von „Housing First“.

4.1.3. Keine Verpflichtung zur Betreuung und kein Beweis der eigenen „Wohnfähigkeit“

Der Zugang zu einem eigenen Wohnraum ist bei der Initiative „Pathways to Housing“ mit keinerlei Bedingungen oder Verpflichtungen wie Abstinenz/Entzug, der Teilnahme an bspw. einer psychiatrischen Behandlung oder der Glaubhaftmachung eines Veränderungswillens verbunden und steht vor allem nicht mit dem Beweis der eigenen „Wohnfähigkeit“ in Zusammenhang (Busch-Geertsema 2010a, 2; Johnson/Teixeira 2010, 6 f.; Tsemberis et al. 2004, 651).

Als Leitlinie gilt diesbezüglich das Prinzip der „Harm Reduction“, sprich der Risikominimierung und Schadenreduzierung. Obwohl die Auflage existiert, einmal pro Woche einen Besuch des „Housing First“-Teams zu empfangen, bedeutet das dennoch, dass BewohnerInnen den Kontakt mit SozialarbeiterInnen, PsychiaterInnen, ÄrztInnen, das Angebot einer Drogenberatung etc. ablehnen können, was im Projekt „Pathways to Housing“ weder zu Sanktionen noch zur Delogierung führt. Dahinter steht die Philosophie, dass Wohnen ein Menschenrecht ist, das an keinerlei Bedingungen wie „Wohlverhalten“, Abstinenz, Behandlungsbereitschaft oder andere Aspekte einer Bringschuld geknüpft sein darf. Wie in Kapitel 5 gezeigt wird, wirkt sich ein derartiger Ansatz – entgegen vielleicht erster Vermutungen – positiv auf die Wohnstabilität, die Gesundheit und das Konsumverhalten der KlientInnen aus, was auch durch einzelne Projekte der Wiener Wohnungslosenhilfe (z.B. neuerHAUS Hagenmüllergasse, ARGE Nichtsesshaftenhilfe) belegt wird.

4.1.4. Trennung von Wohnungsverwaltung und persönlichen Hilfen

Wohnen und Betreuung sind im Projekt „Pathways to Housing“ strikt voneinander getrennt (Tsemberis et al., Gulcur et al. 2003; Padgett et al. 2006; Johnson/Teixeira 2010). Die Konsequenz ist, dass bspw. im Falle einer Delogierung (welche nach denselben Gesichtspunkten wie bei jedem/r gewöhnlichen MieterIn erfolgt) die Betreuung weiterhin gewährleistet ist, so dass

Wohnungslosigkeit verhindert wird und kontinuierliche Hilfestellungen auch in Krisensituationen erfolgt. Hinzu kommt, dass das jeweilige Mietverhältnis selbst bei Haftstrafen bzw. Spitalsaufenthalten aufrechterhalten werden kann. Der „Housing First“-Ansatz führt außerdem zur Auflösung einer oftmals schwierigen Doppelrolle der MitarbeiterInnen in der Wohnungslosenhilfe (z.B. im Betreuten Wohnen), nämlich BetreuerIn und VermieterIn in einer Person zu sein.

4.1.5. Umfangreiches Angebot an Betreuung und Unterstützung

Umfangreiche Betreuung und Unterstützung wird bei „Pathways to Housing“ von so genannten Assertive Community Treatment Teams (ACT) oder einem Case-Management-Team angeboten (Johnson/Teixeira 2010, 7; Tsemberis et al. 2004, 651 f.). Dieses setzt sich aus ExpertInnen unterschiedlicher Professionen zusammen – üblicherweise sind SozialarbeiterInnen, ÄrztInnen, PsychiaterInnen, Krankenpflegepersonal, SchuldnerberaterInnen, Berufsscoaches und in einigen Fällen auch ehrenamtliche MitarbeiterInnen vertreten. Diese Teams sind in keinem Stützpunkt vor Ort, jedoch rund um die Uhr erreichbar. Basieren diese Angebote prinzipiell auf freiwilliger Basis, werden BewohnerInnen dennoch ermutigt, Kontakt zum ACT-Team zu halten bzw. sind verpflichtet, sich zumindest einmal wöchentlich mit einem beliebigen Teammitglied in Verbindung zu setzen.

Ein bestmöglicher Zugang zu adäquatem Wohnraum in Kombination mit bedürfnisorientierter und jederzeit verfügbarer psychosozialer und gesundheitlicher Unterstützung wird auch in der neueren Literatur oftmals als der Schlüssel zum Erfolg einer nachhaltigen Überwindung von Wohnungslosigkeit genannt (Atherton/Mcnaughton 2008; Busch-Geertsema 2010a; Busch-Geertsema et al. 2010; Tsemberis et al. 2004).

So heterogen die Klientel ist, so notwendig ist eine flexible, auf die jeweils individuelle Bedürfnislage maßgeschneiderte Betreuung und Beratung. Statt auf die Herstellung von Compliance orientiert sich die Betreuung und Beratung am Gedanken des Empowerments, zielt in erster Linie auf die Förderung von Autonomie und Selbstständigkeit und zeichnet sich durch eine wertschätzende, akzeptierende und ganzheitliche Grundhaltung aus, die keinerlei Betreuungsverpflichtung impliziert. Akzeptierend besagt in diesem Zusammenhang, dass die Menschen in ihrer momentanen Situation wertfrei angenommen werden und Vereinbarungen mit ihnen zumutbar sowie von ihnen erfüllbar sein müssen. Ganzheitlich meint, dass nicht nur die punktuellen und akuten Krisen und Probleme wahrgenommen werden, sondern auch Lebensgeschichte und damit Potential der KlientInnen in die Betreuung einfließen. Diese bedürfnisorientierte Perspektive ermöglicht es den KlientInnen, das „richtige Maß“ an Hilfeleistung und eigener Mitarbeit hinsichtlich Dauer und Intensität selbst zu bestimmen. Was die Dauer der Hilfeleistung betrifft, so ist es ein Ziel von „Housing First“-Projekten,

neuerliche Wohnungslosigkeit abzuwenden bzw. nachhaltige Integration sicherzustellen. Aus diesem Grund sind für Personen mit Multi-Problemlagen langfristige Betreuungsverläufe einzuplanen. Im Idealfall können über den Zeitpunkt eines etwaigen Wohnungsverlustes hinaus nachgehende soziale Dienstleistungen erbracht werden.

Essentiellen Stellenwert nimmt eine professionelle Betreuung und Beratung nicht nur hinsichtlich psychosozialer Aspekte und aktueller krisenhafter Situationen ein, sondern darüber hinaus auch bzgl. materieller Grundsicherungsleistungen (Begleitung zu Ämtern, finanzielle Abklärung und Beratung etc.). Auch die Vermittlung von Rechten und Pflichten, die mit einem regulären Mietverhältnis einhergehen, kann Gegenstand der Beratung sein.

Eine Herausforderung für „Housing First“-BewohnerInnen sowie ein vielfach beobachtetes Moment bei ehemals von Wohnungslosigkeit betroffenen Menschen besteht in dem Gefühl der sozialen Isolation, der Langeweile, der Einsamkeit und der Ermangelung eines sozialen Netzwerkes (Atherton/McNaughton 2008; Busch-Geertsema 2002a, 2010; Tainio/Fredriksson 2010; Johnson/Teixeira 2010). Diese Themen können nicht nur in einzelfallorientierten Settings durch persönliche und emotionale Zuwendung von professionellen HelferInnen positiv bearbeitet werden, auch die Einbindung ehrenamtlicher MitarbeiterInnen und „Peer Support“ im Sinne einer gegenseitigen Unterstützung ehemals wohnungsloser Personen zeigen positive Resultate (Busch-Geertsema 2005, 2010).

Zusammengefasst lassen sich die beschriebenen Aspekte als Hinwendung zu personenzentrierter (statt ortszentrierter) Hilfestellung lesen, da die persönliche Hilfe in die Wohnungen der jeweiligen KlientInnen verlagert werden. Gleichzeitig impliziert die radikale Bedürfnisorientierung von „Housing First“-Ansätzen eine Abkehr von jenen Programmen, die nach der Vorstellung „One Size Fits All“ arbeiten (Busch-Geertsema 2005; Padgett et al. 2006). Neben einzelfallorientierten Settings mag sich auch ein Fokus auf gruppenbezogene bzw. gemeinwesenorientierte Angebote für KlientInnen in „Housing First“-Projekten als hilfreich erweisen.

4.1.6. Größtmögliche Wahlfreiheit bezogen auf Wohnung und Betreuung

Zielsetzung und Umsetzung des Projektes „Pathways to Housing“ stehen unter der Prämisse einer größtmöglichen Sicherung von Wahlfreiheit und Autonomie (Tsemberis et al. 2004, 651). Das betrifft nicht nur das (selbstständige) Wohnen, die Häufigkeit und das Ausmaß an Unterstützung und Zusammenarbeit, die Einbindung in das bestehende soziale Gefüge, sondern darüber hinaus auch die

Auswahl der Wohnung und des Wohnumfeldes – bis hin zur Zusammenstellung der Einrichtungsgegenstände und Haushaltsgeräte. Einschränkend ist allerdings anzunehmen, dass in der Realität häufig der Druck auf bzw. für die Betroffenen groß ist, das vorliegende (Wohn-)Angebot in Anspruch zu nehmen.

4.1.7. Multi-/Interdisziplinäre Kooperationen und Zusammenarbeit

Wurde weiter oben auf die Wichtigkeit maßgeschneiderter, individueller und flexibler Unterstützungsleistungen hingewiesen, so darf aber nicht außer Acht gelassen werden, dass ganzheitliche Betreuung nur jene Personen erfahren sollten, welche sie auch wirklich benötigen (und in Anspruch nehmen wollen). Es ist zwar davon auszugehen, dass Personen mit vielschichtigen Problematiken eine multidimensionale Betreuung benötigen, nichtsdestotrotz sollte dies nicht zu einer Art „Überbetreuung“ führen. Busch-Geertsema (2010a, 23) lenkt diesbezüglich die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, dass einige (ehemals) wohnungslose Personen schlichtweg nicht mehr als einen Zugang zu „normalem“ Wohnen sowie einen Arbeitsplatz benötigen, um einen nachhaltigen Weg aus der Wohnungslosigkeit zu finden und sich wieder sozial und gesellschaftlich integrieren zu können. Die hohe Zahl von Direktvermittlungen durch P7 in Gemeindewohnungen sowie die Erfolge des Projektes neuerHAUS Billrothstraße deuten auf das Potenzial dieser Zielgruppe auch für den Wiener Kontext hin.

In der Umsetzung von „Housing First“ weisen Benjaminsen/Dyb (2010, 130 f.) darauf hin, dass sich in methodischer Hinsicht insbesondere Krisenintervention, Case Management sowie die Unterstützung durch ein Assertive Community Treatment Teams (ACT), das sich aus VertreterInnen unterschiedlicher Fachrichtungen zusammensetzt, bewährt haben (Atherton/McNaughton 2008; 293 f., Gulcur et al. 2003, 173; Johnson/Teixeira 2010, 7; Tsemberis et al. 2004, 652). Evident ist in diesem Zusammenhang, dass die spezifische Teamzusammensetzung sowie die angewendeten Methoden nach der jeweiligen Zielgruppe auszurichten sind bzw. als abhängig von der sozialen Dienstleistungslandschaft sowie dem sozialstaatlichen Kontext verstanden werden müssen, wie auch Busch-Geertsema (2010a, 5) unterstreicht:

„In countries with well functioning social and health services a case-management approach and flexible floating support might be of greater relevance than the ACT approach practised by Pathways to Housing, but this will of course also depend on the specific target group.“

4.1.8. Sozialorientierte Hausverwaltung

Zusätzlich zu den erwähnten Standards kann eine Sozialorientierte Hausverwaltung das Gelingen von „Housing First“-Projekten zusätzlich begünstigen, wie Erfahrungen im Rahmen des KomPro/B-Programms in München belegen (Sozialreferat München 2007, 2009).

Die Aufgaben der Sozialorientierten Hausverwaltung umfassen alle herkömmlichen Aufgaben einer Hausverwaltung sowie zusätzliche Agenden: Neben einer strukturierten Kooperation mit dem Betreuungsteam (nach Einwilligung der MieterInnen im Rahmen betreuerischer Notwendigkeiten sowie gemäß den datenschutzrechtlichen Möglichkeiten) betrifft dies den allgemeinen Kontakt mit MieterInnen (z.B. Informationsabende, MieterInnenversammlungen sowie die Gewährleistung einer niederschweligen Erreichbarkeit) sowie einen vorab spezifizierten Ablauf bei Mietrückständen, der die Zielsetzung einer nachhaltigen Wohnraumsicherung mit besonderem Augenmerk verfolgt. In jedem Fall erfolgt die Abwicklung des Mietverhältnisses abgekoppelt von der erbrachten sozialen Betreuung.

Im Falle neuer „Housing First“-Projekte ist davon auszugehen, dass gemäß der Ausrichtung des Konzeptes das konkrete Aufgabenspektrum einer Sozialorientierten Hausverwaltung mit der jeweiligen Hausverwaltung bzw. dem Eigentümer konkret zu vereinbaren ist. So mehrere Wohnungen in einem Gebäude für ein „Housing First“-Projekt zur Verfügung stehen, können sich die Agenden der Sozialorientierten Hausverwaltung auch auf die Initiierung bzw. Koordination diverser Gemeinschaftsprojekte ausdehnen.

4.2. Entwicklungslinien des „Housing First“-Ansatzes

In den vergangenen Jahren hat der „Housing First“-Ansatz zunehmend an Bedeutung gewonnen. Das gilt nicht nur für die USA, sondern – vor allem in den vergangenen 10 Jahren – in steigendem Maße auch für europäische Länder (und darüber hinaus bspw. Australien, Japan, Kanada) (Atherton/McNaughton 2008; Bullen o.J., Busch-Geertsema et al. 2010b; Fitzpatrick 2010; Johnson/Teixeira 2010; kritisch aus NGO-Perspektive siehe bspw. Spinnewijn 2010).

Gleichzeitig ist zu konstatieren, dass die vielen entstandenen „Housing First“-Projekte nicht nur vom Pilotprojekt Sam Tsemberis' abweichen, sondern teilweise auch stark untereinander variieren

(Busch-Geertsema 2010a, 4). Die konstatierten Abweichungen sind vielfältig und berühren bspw. Fragen der Hochschwelligkeit, Aufnahmekriterien bzw. Prioritäten- bzw. Wartelisten, formulieren bestimmte Bedingungen und Verpflichtungen oder führen zeitliche Begrenzungen und eine Vor-Ort-Betreuung ein. Interessant erscheint diesbezüglich, dass Busch-Geertsema (ebd.) durchaus auf Studienresultate verweisen kann, die das Abweichen von ursprünglichen „Housing First“-Elementen mit schlechteren Ergebnissen bzgl. Wohnstabilität und KlientInnenzufriedenheit in Zusammenhang bringen.

Zahlreiche Studien zu den ersten „Housing First“-Projekten haben die Effektivität dieser Programme in Abgrenzung zu Stufenmodellen untermauert (u.a. Gulcur et al. 2003; Johnson/Teixeira 2010; Padgett et al. 2006; Toronto Shelter Support 2007; Stefancic/Tsemberis 2007; Tsemberis et al. 2004). In den USA führte dies dazu, dass der „Housing First“-Ansatz bundesweit verankert wurde und ein Großteil des Budgets der Wohnungslosenhilfe nicht in herkömmliche Stufensysteme, sondern in „Housing First“-Programme fließt. Gleichzeitig gilt, dass herkömmliche Konzepte von Wohnungsloseneinrichtungen gegenwärtig zwischen den Polen Stufenmodell einerseits bzw. „Housing First“-Ansatz andererseits angesiedelt sind (Atherton/McNaughton 2008, 299). Was die zukünftige Entwicklung betrifft, verweisen Atherton/McNaughtin (ebd.) mehr auf die Notwendigkeit eines Blickwechsels denn auf eine grundlegende Kehrtwende, wenn sie schreiben: *„Moving towards a ‚Housing First‘ approach would thus entail a change in emphasis rather than a complete volte face.“*

5. „Housing First“ wirkt! – Studienresultate

Der „Housing First“-Ansatz wurde insbesondere durch US-amerikanische Studien evaluiert (für einen aktuellen Überblick siehe Johnson/Teixeira 2010, 8), wenngleich in den vergangenen Jahren auch zunehmend Forschungsarbeiten im europäischen Kontext durchgeführt wurden. Die bekanntesten und robustesten Studien betreffen bislang allerdings Untersuchungen und Evaluationen des „Pathways to Housing“-Projekts (Atherton/McNaughton 2008; Gulcur et al. 2003; Padgett et al 2006; Tsemberis et al. 2004). In einer Gesamtsicht zeigten sie, dass „Housing First“-Einrichtungen für langzeitwohnungslose Personen mit „Doppeldiagnosen“ und komplexen sozialen wie gesundheitlichen Problematiken weit bessere Resultate erzielen als jene eines „Continuum of Care“-Systems.

Im Folgenden werden jene Elemente der Analysen näher beleuchtet, die in ihrem Zusammenwirken für den Erfolg von „Housing First“-Ansätzen verantwortlich zeichnen und insofern auch bei der Neukonzeption von Projekten im Feld der Wohnungslosenhilfe beachtet werden sollten.

5.1. Wohnstabilität

Wohnstabilität bezieht sich auf die Frage der nachhaltigen Sicherung des Wohnraumes. In diesem Zusammenhang erweist sich eine Langzeitstudie von Tsemberis et al. (2004) als aussagekräftig: Dabei wurden per Stichprobe 225 TeilnehmerInnen ausgewählt, die entweder in einer Einrichtung untergebracht wurden, in welcher sie sich einer Behandlung (Abstinenz) unterziehen mussten (Kontrollgruppe), oder aber eine Wohnung ohne Behandlungsverpflichtung im Rahmen der „Pathways to Housing“-Initiative zugewiesen bekamen. Nach zwei Jahren lag der Anteil der BewohnerInnen einer „Wohnlernprogramm-Einrichtung“ die Wohnstabilität betreffend bei 30 %, jener der KlientInnen des „Housing First“-Projektes hingegen bei annähernd 80 %. Padgett et al. (2006) zeigten, dass selbst nach 48 Monaten die Wohnstabilität aufrecht erhalten wurde und keine Verschlechterung psychiatrischer Symptome bzw. des Konsumverhaltens sowie auch keine wesentlichen Unterschiede zur Kontrollgruppe beobachtet werden konnte. Zusätzlich war das Risiko einer Unterbrechung der Wohnkontinuität bei „Continuum of Care“-KlientInnen 4-fach höher als bei jenen in „Housing First“-Projekten (Tsemberis/Eisenberg 2000 nach Johnson/Teixeira 2010, 8).

Zu ähnlich signifikant positiven Ergebnissen kam eine Studie in Toronto, welche das „Housing First“-Projekt „Streets to Homes“ untersuchte. Einerseits stach hier der hohe Anteil der Wohnstabilität

(90 % nach einem Jahr) hervor, andererseits die hohe BewohnerInnenzufriedenheit. Diesbezüglich steht in der "Toronto Shelter Support"-Studie (2007, 56) Folgendes:

"When asked whether their outlook about the future had changed, 82 % said it was more positive. While 18 % said it had not really changed, less than 1 % said their outlook had gotten worse. Many people spoke about having a higher self-esteem, that they were able to set goals for themselves, look for a volunteer position, and begin planning to go back to school or work. [...] Those who had been in housing for longer were more likely to say that their outlook about their future had improved: 88 % of those housed more than a year said their future outlook had improved, compared to 74 % of those housed less than a year."

Atherton/McNaughton (2008, 292) weisen darauf hin, dass KlientInnen im Zuge dieser Studien entweder nach dem „First Come – First Served“-Prinzip oder deshalb ausgewählt wurden, weil diese zum wiederholten Mal an den „Continuum of Care“-Strukturen gescheitert waren bzw. schlichtweg ein alternatives Angebot benötigten. Dass „Housing First“ sehr positive Resultate gerade für diese Zielgruppen zeigt, lässt auf eine breite Effektivität auch für weniger belastete Personen schließen. Mit ihren Worten gesprochen (ebd.):

"They are not therefore „cherry picked“ on the basis of ‚housing readiness‘ but rather the opposite, which makes the apparent success of ‚Housing First‘ programmes all the more remarkable."

Alles in allem stellen diese Tatsachen einen seriösen Widerspruch zur weitläufigen Meinung dar, dass vor allem langzeitwohnungslose Menschen mit psychiatrischen Erkrankungen und weiteren komplexen Problemen nicht (selbstständig) wohnfähig seien, bevor sie keine ausreichende psychiatrische Behandlung erfahren hätten (Atherton/McNaughton 2008; Busch-Geertsema 2010a; Johnson/Teixeira 2010; Padgett et al. 2006; Tsemberis et al. 2004). Folgt man den vorgelegten Studien, ist mit angemessener Unterstützung und Betreuung selbstständiges Wohnen auch für diese Zielgruppe möglich.

5.2. Gesundheit und Konsumverhalten

Johnson/Teixeira (2010, 9) verweisen darauf, dass die bislang vorliegenden Studien unterschiedliche, jedoch weitestgehend positive Ergebnisse hinsichtlich Gesundheit und Konsumverhalten zeigen. Auf den physischen Gesundheitszustand bezogen waren für „Housing

First“-BewohnerInnen weniger Spitalsaufenthalte und weniger Aufnahmen in Notfallambulanzen zu verzeichnen. Ebenso ging die Zahl der Psychatrieaufenthalte zurück, wobei kein signifikanter Unterschied bzgl. psychiatrischer Symptomatiken zwischen „Housing First“- und „Continuum of Care“-KlientInnen beobachtet werden konnte.

Beim „Shelter Support“-Projekt in Toronto konnte auch ein Rückgang des Substanzkonsums verzeichnet werden (Atherton/McNaughton 2008, 293; Toronto Shelter Report 2007, 2). Ergebnisse bzgl. letzterem Punkt fallen in der Studie von Tsemberis et al. (2004) und anderen (vgl. Johnson/Teixeira 2010) allerdings unterschiedlich aus: So wird in diesen Arbeiten weder eine Verschlechterung noch Verbesserung des Konsumverhaltens festgehalten. Der Alkoholkonsum ging zurück, jedoch in keinem signifikanten Ausmaß. Eine jüngere Evaluierung eines Wohnintegrationsprojektes in Glasgow zeigt allerdings, dass Drogen- und Alkoholprobleme durchaus abnehmen, wenn Betroffene einen normalen Wohnraum anstelle von Gemeinschaftsunterkünften und Asylen zur Verfügung haben, da Drogen und Alkohol nicht zuletzt auch für die Bewältigung suboptimaler Wohnstrukturen eingesetzt werden (Fitzpatrick et al. in Busch-Geertsema 2011b, 30 Fußnote 35).

Weitere Ergebnisse der Analysen beziehen sich auf durchschnittlich weniger Kontakt zu „Mainstream Social Services“ sowie weniger Haftaufenthalte für die KlientInnen in „Housing First“-Projekten.

5.3. KlientInnenzufriedenheit

Kenntnisse zu Fragen der KlientInnenzufriedenheit sind bis dato nicht nur ziemlich begrenzt, sondern die Studien variieren auch stark untereinander, was u.a. womöglich auf Unterschiede bzw. Schwierigkeiten bei der Operationalisierung dieses Aspektes zurückzuführen ist. Nichtsdestotrotz verweisen Johnson/Teixeira (2010, 9) auf Ergebnisse, aus welchen diesbezüglich entweder kein Unterschied zwischen „Housing First“- und „Continuum of Care“-KlientInnen gezogen werden kann oder aber vereinzelt positive Resultate verzeichnet werden können, wie z.B. für die „Toronto Shelter“-Initiative (Toronto Shelter Report 2007, 1 ff.).

Führt man sich jedoch die Bedeutung vor Augen, die eine sichere, abgeschlossene und abschließbare, eigene und selbst gestaltbare, autonome Ruhe- und Rückzugsmöglichkeit für jede Person hat, so kann das Vorhandensein einer solchen in Bezug auf individuelle Lebensqualität nicht hoch genug eingeschätzt werden. Eine interessante Perspektive eröffnet Evangelista (2010), der sich

am Capability-Ansatz (übersetzt in etwa: Befähigungs-Ansatz, Fähigkeiten-Ansatz oder auch Verwirklichungschancen-Ansatz) orientiert (ebd., 199). Er operationalisiert KlientInnenzufriedenheit im Hinblick auf die Erweiterung von Verwirklichungschancen und evaluiert den „Housing First“-Ansatz diesbezüglich vorsichtig positiv:

„The success of such services [public services, Anm. d. Verf.] should be determined by measuring their effect on the freedom of individuals rather than their usefulness. In other words, at the basis of a policy seeking to eradicate homelessness should be a focus on providing housing in which the individual´s capabilities can be developed (and in some cases rebuilt) based on services that are adapted to the person´s needs in achieving ‚home‘. [...] In this regard the experience of the US ‚Housing First‘ approach is a model that should be taken in account.“

5.4. Kosteneffizienz

Vielerorts wird darauf hingewiesen, dass die Etablierung und Erhaltung von „Housing First“-Projekten mit hohen Kostenersparnissen im Gegensatz zu herkömmlichen Wohnungslosenstrategien einhergeht (Busch-Geertsema 2010a; Culhane 2008; Gulcur et al. 2003; Johnson/Teixeira 2010; Padgett et al. 2006). Die Gründe dafür liegen insbesondere:

- in der Verkürzung der Verweildauer in vorübergehenden Wohnmöglichkeiten,
- der insgesamt geringeren Inanspruchnahme von sozialen Diensten bzw.
- der Reduktion von Kosten, die in herkömmlichen Modellen durch die Inanspruchnahme teurer Notfallmaßnahmen (z.B. Rettungsdienste; in institutioneller Hinsicht z.B. integrierter Brandschutz) oder durch Haft- bzw. Psychiatrieaufenthalte entstehen.

6. „Housing First“ in Wien – Herausforderungen der Implementierung

„Housing First“ ist bei weitem nicht mehr nur ein Programm, das auf den US-amerikanischen Kontext beschränkt ist. Mittlerweile gibt es eine Vielzahl an Überlegungen zur Implementierung in Europa (Atherton/McNaughton 2008; Busch-Geertsema 2010a; Johnson/Teixeira 2010) oder auch konkrete Projekte in einzelnen europäischen Ländern (z.B. Dänemark: „Freak Houses for Freak People“, London: „Rough Sleepers Initiative“, Glasgow: „Turning Point Scotland“), die „Housing First“ bzw. wesentliche Elemente davon aktuell umsetzen.

Der Überhang an US-amerikanischen Studien wird von KritikerInnen allerdings als zentraler Punkt genannt, um etwaige überschwängliche Prognosen einer Übertragbarkeit von „Housing First“-Programmen auf europäische Kontexte zu dämpfen. Obwohl große Unterschiede in gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen zwischen den USA und westeuropäischen Ländern nicht geleugnet werden können, muss das wesentlichste Ergebnis aller Evaluationsstudien auch im westeuropäischen Kontext anerkannt werden: „Housing First“-Projekte haben gezeigt, dass selbst für Langzeitwohnungslose mit Multiproblemlagen, die weitläufig als „nicht-integrierbar“ und „wohnunfähig“ gelten, ein adäquates und selbstständiges Wohnangebot geschaffen werden kann. Diese mit methodisch fundierten Studien belegte Einsicht kann die Legitimität all jener Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe in Europa erhöhen helfen, die schon gegenwärtig in unterschiedlichem Ausmaß nach dem „Housing First“-Ansatz konzipiert sind.

Es ist anzunehmen, dass einzelne an „Housing First“ orientierte Projekte durchaus erfolgversprechend umgesetzt werden können. Will man allerdings „Housing First“ in Wien als wesentliches Element der Wohnungslosenhilfepolitik verankern, braucht es begünstigende strukturelle Rahmenbedingungen, die Aspekte der Wohnbaupolitik, Wohnungslosenhilfe und Fachlichkeit gemäß den Ansprüchen von „Housing First“ neu gestalten. Im Folgenden werden Herausforderungen in den Feldern Wohnbaupolitik, Wohnungslosenhilfe und Fachlichkeit beleuchtet, die im Zuge einer breiten Implementierung von „Housing First“ zu berücksichtigen und im politischen wie fachlichen Diskurs positiv zu bearbeiten sind.

6.1. Wohnraumbeschaffung und -finanzierung

Ein wesentlicher Aspekt bei der Implementierung von „Housing First“ betrifft die Frage der Wohnraumbeschaffung und ihrer Finanzierung.

Grundsätzlich lässt sich mit Fitzpatrick (2010, 34) annehmen, dass die Einführung von „Housing First“-Strategien besonders in europäischen Staaten mit guten Andockstrukturen funktionieren wird, d.h. die beispielsweise über eine vergleichsweise hohe Wohnraumqualität und niedrige Wohnungsnot sowie einen relativ ausgeglichenen Wohnungsmarkt verfügen. Obwohl in Kapitel 2 auf kritische Entwicklungen den sozialen Wohnbau bzw. Wohnungsmarkt betreffend verwiesen wurde, ist die Ausgangsposition Österreichs bzw. Wiens im internationalen Vergleich durchaus positiv zu bewerten. Noch 2004 wurde im Rahmen einer Studie auf die Effektivität des sozialen Wohnbaus in Österreich hingewiesen und die Wohnbauförderung als eines der effizientesten Systeme im EU-Vergleich bezeichnet (Studie des Instituts für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, zit. nach Bartel et al. 2006, 54 f.).

Die Befunde einer mangelnden Treffsicherheit der Wohnbauförderung insbesondere für Niedrigeinkommenshaushalte (WIFO 2009) haben allerdings jene Sichtweisen verstärkt, die ein effektiveres Zusammenspiel von sozialem Wohnbau, Wohnbauförderung und Gemeinnützigkeit einfordern (Bartel et al. 2006, 55) bzw. die Idee einer sozialen Integration über Wohnraumpolitik reaktualisiert wissen wollen (Bauer 2006).

Internationale Beispiele (siehe bspw. Atherton/McNaughton 2008, 295 f.) verweisen auf die Notwendigkeit der rechtlichen Verankerung von Anreizstrukturen vor allem für den privaten Wohnungsmarkt, um benachteiligten Menschen günstig Wohnraum anbieten zu können bzw. die Begründung von dauerhaften Mietverhältnissen zu erleichtern (z.B. durch günstigere Einstiegskosten im Hinblick auf Provision und Kautions oder durch die Einschränkungen der Flexibilisierung von befristeten Mietverträgen). So können z.B. auch neue Kreditmodelle entwickelt werden, die sich insbesondere auf die begünstigte Finanzierung von Wohnbau bzw. Wohnrauminvestitionen für benachteiligte Personengruppen spezialisieren, wie es im Rahmen der „Norwegian Housing Bank“ schon umgesetzt wurde (Benjaminsen/Tosi 2007, 241).

Auch in Finnland wurde ein ambitioniertes „Housing First“-Projekt auf die Beine gestellt, das sich neben einer starken Gemeinwesenorientierung auch durch eine neuartige Struktur der Wohnraumbeschaffung und -finanzierung auszeichnet. Der organisatorische Schwerpunkt der Y-Stiftung, die sich als größte soziale Einrichtung Finnlands mit der Betreuung von Wohnungslosen

und Flüchtlingen befasst, liegt auf dem Ankauf einzelner bzw. einiger Wohneinheiten in privaten Zinshäusern. Die diesbezüglichen Anreizstrukturen, die eine weitgehende soziale Einbindung der neuen MieterInnen in den jeweiligen Stadtteilen erleichtern und sicherstellen, dass Menschen mit dem dringendsten Wohnraumbedarf vorrangig bedient werden, gehen auf eine veränderte Rechtslage zurück:

“It enables funding for such purposes if at least 30% of the dwellings are little by little rented to specially vulnerable groups on the housing market.” (Weckström 2004, 6)

Finanziert wird dieses Programm, dessen ehrgeiziges Ziel die Beendigung der Langzeitwohnungslosigkeit bis 2015 ist, mittels staatlicher Subventionen (z.B. in der Form von Investitionskrediten oder Lohnkostenzuschüssen), Spenden von einigen Banken und Einnahmen des finnischen Spielautomatenverbands. In der Regel werden die Wohnungen der Y-Stiftung an Gemeinden oder soziale Einrichtungen weitervermittelt, welche diese dann wiederum deren Zielgruppen zur Verfügung stellen und parallel dazu unterschiedliche Betreuungsleistungen anbieten. Vermietet werden die Wohneinheiten durch eine zwischengeschaltete Hausverwaltung (VVO), die ihre Ressourcen durch die Y-Stiftung erhält. Diese sorgt u.a. für Ansprechpersonen für MieterInnen, ist zuständig für den Aufbau und Erhalt einer funktionierenden Hausgemeinschaft sowie die Organisation von MieterInnenversammlungen. Die Aktivitäten der Hausverwaltung haben einen stark gemeinwesenorientierten Fokus, wie die Erläuterungen zum Zusammenspiel der Akteure deutlich machen:

“A housing advisor with responsibility for these buildings was employed in spring 2004 and meetings between the tenants, the Y-Foundation and VVO was arranged with purpose to form tenant committees in every residential block. Each of these committees now gather together with the housing advisor once a month to discuss possible problems and to develop the blocks and the functioning of the neighbourhood. The tenant committees have proved to be important information channels between the tenants and the Y-Foundation, since the representants are long term tenants who are honestly interested in developing their neighbourhood.”

Das Konzept der Y-Stiftung gilt in mehrfacher Hinsicht als sehr erfolgreich: In den 25 Jahren seit Projektbeginn mussten weniger als 5 % der MieterInnen delogiert werden (Busch-Geertsema 2011b, 16). Darüber hinaus bewirkte die dauerhafte Wohnlösung auch einen Motivationschub in Richtung Rehabilitation und führte zu einer deutlichen Abnahme des Alkoholkonsums (Luomanen in Busch-Geertsema 2011b, 19).

Für den Wiener Kontext gilt, dass die Implementierung von „Housing First“ insbesondere dann gelingen kann, wenn

- im Rahmen der Objektförderung verbesserte Anreize zur Schaffung von leistbarem Wohnraum für benachteiligte Gruppen geschaffen werden und der Zugang dazu gesichert wird.
- private Immobilienentwickler für Fragen von „Housing First“ sensibilisiert werden und Wohnraum günstig zur Verfügung stellen.
- die Effektivität der Instrumente zur individuellen Finanzierung von Wohnen (Wohnbeihilfe, Mietbeihilfe) für benachteiligte Zielgruppen erhöht wird.
- Anreiz- und Finanzierungsstrukturen für die Tätigkeiten einer Sozialorientierten Hausverwaltung geschaffen werden und deren inhaltliches Profil konkretisiert ist.
- die Schnittstellen zwischen den Verwaltungsressorts Wohnen und Soziales im Sinne einer integrierenden Sicht auf Fragen der Wohnungslosenhilfe neu ausgerichtet werden.
- mietrechtliche und datenschutzrechtliche Rahmenbedingungen für die Betreuungstätigkeiten sowie die Agenden einer Sozialorientierten Hausverwaltung detailliert ausgearbeitet sind.

6.2. Wohnungslosenhilfe

Wie im Kapitel 2 erläutert, zeichnet sich das System der Wohnungslosenhilfe in Wien durch ein breit gestreutes Angebots- und Leistungsspektrum aus. Ein differenziertes Angebot an Einrichtungen setzt ambulante, mobile und stationäre Betreuungsmodelle um, die den unterschiedlichen zielgruppenspezifischen Bedürfnissen gerecht werden sollen und durch sozial-, arbeitsmarkt- und gesundheitsspezifische Beratungsleistungen ergänzt werden.

Als wesentliches Element für eine erfolgreiche Implementierung von „Housing First“ ist die Einbettung in bereits bestehende Strukturen der Wohnungslosenhilfelandtschaft (u.a. Atherton/McNaughton 2008; Frederiksson/Tainio 2010; Zvetina 2009) zu nennen. Dies sichert die notwendige Kooperation und Koordination zwischen unterschiedlichen Einrichtungen untereinander ebenso wie zu diversen Schnittstellen und erleichtert diesbezüglich notwendige Neuerungen.

Für den Wiener Kontext gilt, dass die Implementierung von „Housing First“ insbesondere dann gelingen kann, wenn

- die Effektivität der Kooperation und Koordination (z.B. im Hinblick auf eine Differenzierung der Angebote, Finanzierungsstrukturen und fachliche Standards) zwischen Einrichtungen der Wiener Wohnungslosenhilfe und angrenzenden Bereichen wie Gesundheitsdiensten und Angeboten der psychosozialen Versorgung weiter ausgebaut wird.
- Schnittstellen zwischen Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe und der öffentlichen Verwaltung sowie sozialen und medizinischen Diensten gemäß den Ansprüchen von „Housing First“ überprüft und gegebenenfalls neu aufgesetzt werden (z.B. hinsichtlich der Unterstützung bei der Finanzierung von Wohnen – MA 40, MA 50; hinsichtlich der Integration von „Mainstream Social Services“ – FSW, PSD, Gebietsbetreuungen u.ä.m.).
- neue Kooperationen zwischen den Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe und gemeinnützigen wie privaten Akteuren am Wohnungsmarkt durch rechtliche und finanzielle Anreize unterstützt werden.
- von Wohnungslosigkeit betroffene Menschen bei der Konzeption und Umsetzung neuer Programme integriert werden und ihre Interessen angemessen vertreten können.
- das Angebot von „Housing First“ inhaltlich klar umrissen und die Klärung der Zielgruppen für „Housing First“, im Sinne einer Akzeptanz auch von mehrfach belasteten KlientInnengruppen, erfolgt ist.
- die Frage des Zugangs zu „Housing First“ geklärt wird sowie dafür notwendige Prozesse im Sinne einer schnellstmöglichen Zurverfügungstellung von Wohnraum für alle definierten Zielgruppen geschaffen wird.
- die Angebotsstruktur der Wiener Wohnungslosenhilfe auf die als problematisch definierten Aspekte von Stufenmodellen überprüft wird und Veränderungen eingeleitet werden, die eigenständiges dauerhaftes Wohnen auch für mehrfach belastete Zielgruppen vorsehen.
- eine unmittelbare Schnittstelle zur Delogierungsprävention geschaffen wird, die eine nachhaltige Wohnungssicherung für „Housing First“-MieterInnen unterstützt.
- es mit Institutionen der Wohnungsvergabe in Wien (Soziale Wohnungsvergabe, Wohnservice Wien) zu einer inhaltlichen Abstimmung über Angebot, Zielgruppen und Zugangsbedingungen kommt.

6.3. Fachlichkeit

Die Beratung und Betreuung von „Housing First“-MieterInnen durch ein professionelles Team (von SozialarbeiterInnen und MitarbeiterInnen mit anderen Qualifikationen, falls es die spezifische Zielgruppe erfordert) zeichnet sich durch verschiedene Elemente aus:

Neuartig im Vergleich zum bestehenden Versorgungssystem der Wiener Wohnungslosenhilfe ist die Freiwilligkeit der Betreuung, insbesondere durch die Trennung zwischen Wohnungsverwaltung und persönlichen Hilfen. Das impliziert die Anforderung an das Team, ein passendes Angebot zu setzen, das von den MieterInnen als unterstützend und hilfreich wahrgenommen wird.

Die Flexibilität der Hilfestrukturen verlangt eine hohe fachliche Kompetenz des Betreuungspersonals, da je nach Bedarfslage verschiedene Angebote (z.B. vereinzelte Beratungsleistungen, langfristiges Case Management, unterschiedliche auf Gesundheit ausgerichtete Dienstleistungen, Partizipationsprojekte zur Integration ins Wohnumfeld u.ä.m.) gesetzt werden. Von großer Bedeutung ist dabei:

„Eine Einschätzung der individuellen Hilfebedarfe und Ressourcen [...], wenn flexible Unterstützungsmaßnahmen bedarfsgerecht ausgestaltet werden sollen (der individuelle Bedarf unterliegt u.U. starken zeitlichen Veränderungen) und wenn Überbetreuung und unnötig kostenaufwändige Dienstleistungen vermieden werden sollen.“
(Busch-Geertsema 2011b, 35)

Für den Wiener Kontext gilt, dass die Implementierung von „Housing First“ insbesondere dann gelingen kann, wenn

- der gegenwärtige Paradigmenwechsel in der Wohnungslosenhilfe im Sinne einer Abkehr von stark normalisierenden, kontrollierenden Zugängen weiter fortgesetzt und die freiwillige Inanspruchnahme von sozialen Hilfestellungen als Maxime anerkannt wird und Notwendigkeiten und Grenzen einer nachgehenden bzw. aufsuchenden Betreuung spezifiziert sind.
- Bedürfnisorientierung und Flexibilisierung der Hilfen als fachliche Standards akzeptiert sind, den Zielsetzungen entsprechende Möglichkeiten des Monitorings entwickelt und angemessene Formen der Abgeltung gefunden werden.
- Strukturen, Prozesse und fachliche Standards für multidisziplinäres Arbeiten, auch über die Grenzen der jeweiligen Institutionen hinaus, etabliert werden und eine angemessene

Konkretisierung der Bedeutung und Umsetzung von Case Management im Rahmen von „Housing First“ erfolgt ist.

- ein geteiltes Verständnis zu wesentlichen Bedürfnislagen der Zielgruppen (z.B. durch ihre Erhebung im Rahmen der Evaluierung der Wiener Wohnungslosenhilfe) erreicht wird sowie angemessene Methoden des Monitorings und der Evaluation der Effektivität und Effizienz von „Housing First“ entwickelt wurden.
- die hohen fachlichen Ansprüche von „Housing First“, z.B. im Hinblick auf die Flexibilität der Betreuung, das Aushalten von Unsicherheiten in Betreuungsverläufen sowie die Personenzentrierung der Hilfen u.ä.m., wahrgenommen werden und ihre Umsetzung durch geeignete Hilfestellungen bestmöglich begleitet wird.
- angemessene Verknüpfungen von personenzentrierten Hilfestellungen mit gemeinwesenorientierten Angeboten konzipiert sind.
- die Zusammenarbeit mit Sozialorientierten Hausverwaltungen durch Kooperationsvereinbarungen mit betreuenden sozialen Einrichtungen geklärt und die jeweiligen Aufgaben klar abgegrenzt sind.

7. Literaturverzeichnis

- Amann, Wolfgang/Mundt, Alexis (2009): Armutspolitische Dimensionen von Gemeindewohnraum, gemeinnützigem Wohnbau und Wohnbauförderung. In: Dimmel, Nikolaus/Heitzmann, Karin/Schenk, Martin (Hrsg.): Handbuch Armut in Österreich. Innsbruck, 538–556.
- Atherton, Iain/McNaughton Nicholls, Carol (2008): „Housing First“ as a Means of Addressing Multiple Needs and Homelessness. In: European Journal of Homelessness Vol.2, Bd. 2, 289–303. Online unter: www.feantsaresearch.org/code/en/hp.asp [16.6.2011]
- Bartel, Rainer/Kepplinger, Hermann/Pointner, Johannes (2006): Für eine soziale Wohnungswirtschaft. In: Kurswechsel 3/2006, 50–58.
- Bauer, Eva (2006): Gemeinnütziger Wohnbau in Österreich. Zu Geschichte, Funktion und künftiger Perspektive. In: Kurswechsel 3/2006, 20–27.
- Bauer, Eva (2010): Ursachen und Ausmaß sozialer Ausgrenzung am Wohnungsmarkt – Funktion des Sozialen Wohnbaus. In: Team AURORA plus (Hg.): ARMUT – Ursachen, Dimensionen, Perspektiven. Panel 4: Soziale Ausgrenzungsrisiken und Inklusionspolitiken am Wohnungssektor.
- BBR – Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (1998): Dauerhafte Wohnungsversorgung von Obdachlosen, Werkstatt: Praxis Nr. 3 (Autoren: Schuler-Wallner, Gisela/Mühlich-Klinger, Ilona/Greiff, Rainer), Bonn.
- Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (2009): Wohnungslosigkeit und Wohnungslosenhilfe in Österreich. Wohnungslosenerhebung 2006–2007–2008. Wien. Online unter: [www.bawo.at/fileadmin/user_upload/public/Dokumente/Publikationen/Grundlagen/BAWO Studie zur Wohnungslosigkeit 2009.pdf](http://www.bawo.at/fileadmin/user_upload/public/Dokumente/Publikationen/Grundlagen/BAWO_Studie_zur_Wohnungslosigkeit_2009.pdf) [16.06.2011]
- Benjaminsen, Lars/Tosi, Antonio (2007): Quality Housing for Marginal Groups: Dilemmas and Challenges. In: European Journal of Homelessness, Vol.1, 237–246.
- Benjaminsen, Lars/Dyb, Evelyn (2010): Homelessness Strategies and Innovations. In: O'Sullivan, Eoin/Busch-Geertsema, Volker/Quilgars, Deborah/Pleace, Nicholas (Hg.): Homelessness Research in Europe. Brüssel, 123–142.
- Bullen, Jane (o.J.): From Transitional Housing Models to Permanent Housing Models for Homeless People: A Paradigm Shift. Online unter: www.chp.org.au/parity/articles/results.shtml?filename_num=00410 [16.6.2011]
- Busch-Geertsema, Volker (2002a): When Homeless People are Allowed to Decide by Themselves. Rehousing Homeless People in Germany. European Journal of Social Work 5 (1), 15–19.
- Busch-Geertsema, Volker (2002b): Rehousing Homeless People. The Case of Soziale Wohnraumhilfe Hannover. A Basica Analytical Evaluation and a Follow-up-study of Tenants and Ex-tenants. Working Paper for EUROHOME-IMPACT Project. Bremen. Online unter: www.qjss-ev.de/texte.html [16.6.2011]
- Busch-Geertsema, Volker (2005) Does Rehousing Lead to Reintegration? Follow-up Studies of Rehoused Homeless People, in: INNOVATION – The European Journal of Social Science Research, 18(2), 205–226.
- Busch-Geertsema, Volker (2007): Measures to Achieve Social Mix and their Impact on Access to Housing for People who are Homeless. In: European Journal of Homelessness, Vol. 1., 213–224
- Busch-Geertsema, Volker (2009): Es tut sich was in Europa! Integrierte Strategien, „Evidence-based Policies“ und „Housing First“. BAG W Bundestagung. München, 20.11.2009 (Powerpoint-Präsentation).

Busch-Geertsema, Volker (2010a): Are Housing Led Policy Approaches the Most Effective Methods of Preventing and Tackling Homelessness? In: European Consensus Conference. Online unter: www.feantsa.org/files/freshstart/Consensus_Conference/Jury/Q3/2010_10_21_Volker_BG_Questio_n_3_EN.pdf. [16.6.2011]

Busch-Geertsema, Volker (2010b): Defining and Measuring Homelessness. In: O'Sullivan, Eoin/Busch-Geertsema, Volker/Quilgars, Deborah/Pleace, Nicholas (Hg.): Homelessness Research in Europe. Brüssel, 19–40.

Busch-Geertsema, Volker, Edgar/William, O'Sullivan/Eoin, Pleace/Nicholas (2010): Homelessness and Homeless Policies in Europe: Lessons from Research. Brüssel.

Busch-Geertsema, Volker (2011a): Ein vielversprechender Ansatz zur Überwindung von Wohnungslosigkeit und seine Konsequenzen für Sozial- und Gesundheitsdienste. „Über den Tellerrand schauen“ Fachtagung der Wiener Plattform Gesundheit und Wohnungslosigkeit. Wien, 3.2.2011 (Powerpoint-Präsentation).

Busch-Geertsema, Volker (2011b): Nationales Programm zur Eindämmung von Langzeitwohnungslosigkeit. Peer Review zu Sozialschutz und sozialer Eingliederung 2010. Synthesebericht im Auftrag der Europäischen Kommission. Helsinki.

Busch-Geertsema, Volker (2011c, in Vorbereitung) Housing First, ein vielversprechender Ansatz in der Wohnungslosenhilfe. In: WIDERSPRÜCHE, September 2011.

Crane, Maureen/Warnes, Tony/Coward, Sarah (2011): Moves to Independent Living. Single Homeless People's Experiences and Outcomes of Resettlement. Sheffield.

Culhane, Dennis P. (2008): The Costs of Homelessness: A Perspective from the United States. In: European Journal of Homelessness, Vol. 2, 97-114.

Dane, Katherine (1998): Making it Last. Report into Tenancy Outcomes for Rough Sleepers. London.

Eitel, Gerhard (2009): Effektivität und Wirksamkeit betreuten Wohnens für wohnungslose Menschen. In: Dimmel, Nikolaus/Heitzmann, Karin/Schenk, Martin (Hg.): Handbuch Armut in Österreich. Innsbruck, 521–537.

Guillem Fernández Evangelista (2010): Poverty, Homelessness and Freedom: An Approach from the Capabilities Theory. In: European Journal of Homelessness, Vol. 4.

Fink, Marcel (2010): Die Bekämpfung von Armut und Sozialer Ausgrenzung in Österreich vor dem Hintergrund der Europäischen Strategie zur Sozialen Eingliederung. Eine Zwischenbilanz. In: Kurswechsel 3/2010, 60–72.

Fitzpatrick, Suzanne et al. (Hrsg.) (2009): Gestaltung einer ganzheitlichen und partizipativen Obdachlosenstrategie. Synthesebericht. Lissabon.

Fitzpatrick, Suzanne/Bretherton, Jo/Jones, Anwen/Pleace, Nicholas/ Quilgars, Deborah (2010): The Glasgow Hostel Closure and Re-provisioning Programme: Final Report on the Findings from a Longitudinal Evaluation. Centre for Housing Policy, York. Online unter: www.york.ac.uk/inst/chp/Projects/glasgowhostels.htm [16.6.2011]

Gulcur, Leyla/Stefancic, Ana/Shinn, Marybeth/Tsemberis, Sam/Fischer, Sean N. (2003): Housing, Hospitalization, and Cost Outcomes for Homeless Individuals with Psychiatric Disabilities Participating in Continuum of Care and „Housing First“ Programmes. In: Journal of Community & Applied Social Psychology (13), 171–186.

Jäger, Johannes (2006): Akkumulation und Wohnungspolitik. In: Kurswechsel 3/2006, 31–37.

Johnson, Sarah/Teixeira, Lígia (2010): Staircases, Elevators and Cycles of Change. „Housing First“ and other Housing Models for Homeless People with Complex Support Needs. York. Online unter: www.policypointers.org/Page/View/11419
www.crisis.org.uk/data/files/publications/HousingModelsReport.pdf [16.06.2011]

- Kargl, Martina/Schenk, Martin (2010): Mit Europa gegen Armut? Österreich und die europäischen Armutspolitiken aus Sicht sozialer NPOs. In: Kurswechsel 3/2010, 83–93.
- Kitzmann, Renate U. (2008): Having a Home or Being Homeless? How to Switch from One System to the Other. In: Homeless in Europe. The Magazin of FEANTSA, 19–20.
- Kofler, Angelika (2003): Housing Policies in Austria, 1–22. Online unter: www.iccr-international.org/impact/downloads.html [16.6.2011]
- Lang, Helmut/Steiner, Hans (2010): Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Relevanz der Europäischen Armutspolitik für die österreichische Politik. In: Kurswechsel 3/2010, 73–82.
- Mikkonen, Anna/Sirkka-Liisa, Kärkkäinen (2002): Homeless Immigrants in Finland. National Research and Development Centre for Welfare and Health (Stakes). Online unter: www.feantsaresearch.org/files/national_reports/finland/finland_migration_2002_english.pdf [16.6.2011]
- Padgett, Deborah K./Gulcur, Leyla/Tsemberis, Sam (2006): „Housing First“ Services for People Who Are Homeless With Co-Occurring Serious Mental Illness and Substance Abuse. In: Research on Social Work Practice Vol. 16/1, 74–83.
- Pleace, Nicholas (2010): Immigration and Homelessness. In: O'Sullivan, Eoin/Busch-Geertsema, Volker/Quilgars, Deborah/Pleace, Nicholas (Hg.): Homelessness Research in Europe. Brüssel, 143–162.
- Quilgars, Deborah (2010): Youth Homelessness. In: O'Sullivan, Eoin/Busch-Geertsema, Volker/Quilgars, Deborah/Pleace, Nicholas (Hg.): Homelessness Research in Europe. Brüssel, 187–210.
- Sahlin, Ingrid (2002): The Staircase of Transition. Survival through Failure. Online unter: www.iccr-international.org/impact/docs/paper-ingrid-sahlin.pdf [16.6.2011]
- Schoibl, Heinz (2008): Wohn(un)fähigkeit – kritische Anmerkungen zur Rolle der Wohnungslosenhilfe im wohnpolitischen Kontext. Online unter: www.helix-austria.com/uploads/media/Wohnunfaehigkeit_-_zur_Rolle_der_Wohnungslosenhilfe_im_wohnpolitischen_Kontext.pdf [16. 6.2011]
- Schoibl, Heinz (2009): Armutsfalle Wohnen. In: Dimmel, Nikolaus/Heitzmann, Karin/Schenk, Martin (Hg.): Handbuch Armut in Österreich. Innsbruck, 211–223.
- Schoibl, Heinz (2010): Wohnungslosigkeit ist kumulierte Armut und erfordert mehrdimensionale Bewältigungsstrategien. In: Team AURORA plus (2010) (Hrsg.): ARMUT – Ursachen, Dimensionen, Perspektiven. Panel 4 Soziale Ausgrenzungsrisiken und Inklusionspolitiken am Wohnungssektor.
- Siegel, Carole E. et al. (2006): Tenant Outcomes in Supported Housing and Community Residences in New York City. In: Psychiatric Services (57), 982–991.
- Sozialreferat München/Amt für Wohnen und Migration (2009): Perspektiven für Wohnen. Das kommunale Wohnungsbauprogramm in München. München.
- Sozialreferat München/Amt für Wohnen und Migration (2007): Rahmenkonzeption der Sozialorientierten Hausverwaltung für Wohnhäuser nach dem Kommunalen Wohnungsprogramm für Benachteiligte am Wohnungsmarkt (KomPro B). München.
- Spinnewijn, Freek (2010): A Housing First approach to homelessness: the hesitation of the homeless NGOs explained. In: Team AURORA plus (2010) (Hrsg.): ARMUT – Ursachen, Dimensionen, Perspektiven. Panel 4 Soziale Ausgrenzungsrisiken und Inklusionspolitiken am Wohnungssektor.
- Stöger, Harald/Weidenholzer, Josef (2006): Zwischen Staatsintervention und Marktsteuerung. Europäische Wohnungspolitik im Wandel. In: Kurswechsel 3/2006, 9–19.
- Tainio, Hannele/Fredriksson, Peter (2010): The Finnish Homelessness Strategy: From a „Stair-case“ Model to a „Housing First“ Approach to Tackling Long-term Homelessness. Panel 4 Soziale

Ausgrenzungsrisiken und Inklusionspolitiken am Wohnungssektor. AURORA plus Konferenz 15.4.2010. Online unter: www.aurora-austria.eu [16.6.2011]

Toronto Shelter (o.J.): What „Housing First“ Means for People. Results from Street to Homes 2007 Post-occupancy Report. Toronto Shelter, Support & Housing Administration. Online unter: www.toronto.ca/housing/pdf/results07postocc.pdf [16.6.2011]

Tosi, Antonio (2010): Coping with Diversity. Reflections in Homelessness in Research in Europe. In: O'Sullivan, Eoin/Busch-Geertsema, Volker/Quilgars, Deborah/Pleace, Nicholas (Hg.): Homelessness Research in Europe. Brüssel, 221–236.

Tsembris, Sam/Gulcur, Leyla/Nakae, Maria (2004): „Housing First“, Consumer Choice, and Harm Reduction for Homeless Individuals With a Dual Diagnosis. In: American Journal of Public Health (Vol. 94), 651–655.

Vienna Social Found/FSW, MA24 (2009): Surveys of Homeless Persons – Continued Development of Planning Basis and Strategies. Host Country Report. Wien.

Weckström, Marcus (2004): Prevention of Homelessness in Finland. Y-Foundation.

WIFO (2009): Umverteilung durch den Staat in Österreich. Wien. Online unter: www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=36801&typeid=8&display_mode=2 [16.6.2011]

Wukovitsch, Florian (2009): Neujustierung des lokalen Sozialstaats. Umbrüche der Wohnungspolitik in Berlin und Wien. In: Kurswechsel 1/2009, 62–70.

Zvetina, Daria (2009): Organizational Change: Adopting a „Housing First“ Approach. National Alliance to End Homelessness. Online unter: www.endhomelessness.org/.../2489_file_Adopting_Housing_First_Approach_Aug_09.pdf [16.6.2011]